Gemeinsames Kommunique der KPD/ML und der Provisorischen Bundesleitung des KJVD

C 21246 E

Seite 7

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 7 vom 24. Februar 1973 7. Jahrgang 50 Pfennig

Preislawine rollt!

Notwendige Antwort der Werktätigen:

KLASSENKAMPF !

"Wir müssen die Steuerzahler noch etwas zur Kasse bitten", kündigte Schmidt an. Und etwas anderes als Steuererhöhungen sind natürlich bei den Beratungen der Parlamentsfraktionen auch bei allem Hick-Hack nicht herausgekommen.

Als erstes soll die Mineralölsteuer erhöht werden; das Benzin wird damit um rund 5 Pfennig teurer. Dabei wird es nicht bleiben: Insgesamt 2 Milliarden DM will die Bundesregierung aus den Werktätigen herauspressen, um das Schuldenloch von 6 Milliarden DM wenigstens teilweise zu stopfen. Steuererhöhungen, damit sich die Herren von Kohle, Stahl und Chemie noch billiger ihre Fabriken in der ganzen Welt bauen können: Steuererhöhungen, damit Rüstung, Bundeswehr und Bundesgrenzschutz den Wünschen der westdeutschen Imperialisten den nötigen 'Nachdruck' verleihen.



DÄNEMARK: MASSENDEMONSTRATION GEGEN TEUERUNG IN KOPENHAGEN

Aber nicht nur Vater Staat greift in unsere Taschen, um die Taschen der Kapitalisten zu füllen. Die Kapitalisten selbst haben auf breiter Front einen Teuerungskrieg gegen die Werktätigen begonnen. Um 8,2% sind die Preise für Lebensmittel in diesem Jahr höher als 1972 und schon wieder kündigt Landwirtschaftsminister Ertl Preissteigerungen an. Gleichzeitig wollen die Nahverkehrsunternehmen in einer Reihe von westdeutschen Grossstädten die Preise erhöhen.

'Stabilität, Stabilität', das Masshaltegeschrei von Kapital, Regierung und DGB-Bonzen bei den vergangenen Lohnrunden fand kein Ende. Und wie schrien sie erst, als die Arbeiter bei Hoesch in den Streik traten: 'Illegaler Streik, unverantwortliche Aktion' usw.

Soll der Arbeiter sich hinstellen und sich melken lassen wie eine Kuh? Soll er sich an Gesetze halten, an Tarifvereinbarungen, die nur zu dem Zweck gemacht sind, dass die Ausbeuterklasse sich noch mehr bereichert auf Kosten der Arbeiterklasse?

Die Streiks bei Hoesch und bei Velbert haben den Weg gewiesen:

SPRENGT DIE FESSELN DES TARIFFRIEDENS!
KAMPF DEN TEUERUNGEN DURCH DAS KAPITAL UND SEINE SPD/FDP-REGIERUNG!
GEGEN STABILITÄTSGEREDE UND STILLHALTEPOLITIK!

VR China: Starkes Hinterland der indochinesischen Völker

Am 26. Januar beginnt die Internationale Vietnam-Konferenz in Paris. Teilnehmerstaaten sind die Volksrepublik China, Frankreich, England, die USA und ihr Marionettenregime in Saigon, die Demokratische Republik Vietnam, die Provisorische Revolutionäre Regierung Südvietnams und die vier Staaten Kanada, Polen, Ungarn, Indonesien, die den Waffenstillstand überwachen sollen.

Das Zustandekommen dieser Konferenz ist in erster Linie ein Sieg des bewaffneten Befreiungskampfes des vietnamesischen Volkes. Es ist weiterhin ein Sieg des erfolgreichen Volkskrieges in ganz Indochina. Zur Niederlage des US-Imperialismus trug auch der immer heftigere Kampf der Völker auf allen Schlachtfeldern der Welt bei. Der Kampf der unterjochten Nationen gegen den Imperialismus, des Proletariats gegen die Bourgeoisie. Ebenso auch die brüderliche Unterstützung durch die sozialistischen Staaten. Die Einberufung der Vietnam-Konferenz ist ein Ausdruck des weltweit niedergehenden Kapitalismus und Imperialismus.

Diese Tatsache versucht die bürgerliche Propaganda, voran die Sowjetrevisionistische Propaganda, zu verdrehen. Sie jubeln: „Der Krieg als Mittel zur Lösung des Konflikts ist nicht erfolgreich gewesen, jetzt müssen Verhandlungen diese Lösung herbeiführen." Zwischen ungerechtem und gerechtem Krieg, zwischen Aggressor und Befreier wird nicht unterschieden. Die Sache eines dauerhaften Friedens wird dem 'Willen der Grossmächte' unterschoben, die allein einen solchen Frieden garantieren könnten. Die einzige Kraft, die aber einen solchen Friedensvertrag sichern kann, ist die Kraft der kampfenden Völker.

In diesem Zusammenhang posaunt auch die bürgerliche Presse weiterhin das Märchen von den 'chinesischen Grossmachtsinteressen', die angeblich über die souveränen Interessen des vietnamesischen Volkes hinweggehen. In Wirklichkeit stand die Politik der friedlichen Koexistenz der Regierung der VR China zu imperialistischen Staaten mit der Politik des proletarischen Internationalismus gegenüber dem vietnamesischen Volk niemals im Widerspruch und wird nie im Wiederspruch dazu stehen.

Die brüderliche Hilfe der VR China für das vietnamesische Volk und für alle indochinesischen Völker steht ausser Zweifel. China war und ist das starke Hinterland der vietnamesischen Revolution. Auch an der diplomatischen Front wird durch die Teilnahme der VR China an der Vietnam-Konferenz allen imperialistischen Versuchen der Hinauszögerung einer Friedensregelung und einer Unterhölung des errungenen Sieges am Konferenztisch ein weiterer Riegel vorgeschoben. **Das sozialistische China, das ein Bollwerk gegen alle Versuche ist imperialistische Grossmachtspolitik im Gewande des Revisionismus zu betreiben, wird auch in Paris konsequent die Interessen des vietanmesischen Volkes verteidigen: Für Unabhängigkeit, Souveränität, Einheit und territoriale Integrität Vietnams!**

Leitartikel aus 'Renmin Ribao'(Peking)

(Auszug)

" Die Unterzeichnung des Vietnamabkommens zeigt ein weiteres Mal, dass eine gerechte Sache unbesiegbar ist. Der von den unterdrückten Nationen und den unter Aggression leidenden Staaten geführte Krieg gegen fremde Aggression und für Unabhängigkeit und Befreiung ist ein gerechter Krieg. Die Aggression und Unterdrückung der nach Hegemonie Strebenden ist ungerecht. Wenn die unterdrückten Nationen und die unter Aggression leidenden Staaten es wagen, zu den Waffen zu greifen, sich eng zusammenzuschliessen und im Kampf auszuharren, werden sie in der Lage sein, die Aggression von aussen zu besiegen und das Geschick in die eigenen Hände zu nehmen. Die Volkskriege, die seit dem Ende des zweiten Weltkrieges gegen ausländische, bewaffnete Intervention und Aggression geführt wurden, haben dies voll und ganz bestätigt. Niemand und nichts kann heute diese historische Strömung weder in Indochina noch anderswo in der Welt aufhalten: Staaten wollen Unabhängigkeit, Nationen wollen die Befreiung und die Völker wollen die Revolution. Die Angelegenheiten jedes Landes können nur von seinem eigenen Volk geregelt werden und fremde Einmischung kann auf keinen Fall geduldet werden. Alle Versuche, die dieser historischen Strömung zuwiderlaufen, werden früher oder später scheitern."

POLIZEI: Ausrichtung auf Bürgerkrieg!

Wieder einmal griff ein Polizist ohne jede Notwendigkeit zur Waffe. Das Opfer, der Kfz.-Mechanikerlehrling Heinz-Dieter Hübner hatte mit seinen Fußballkameraden den Vereinssieg in einem Lokal gefeiert, in dem er wegen einer Rauferei Lokalverbot hatte. Polizeimeister Kropp zog den Gast am Kragen hoch. Hübner wollte aber erst sein Bier austrinken. Kropp langte zur Pistole, stieß dem Lehrling den Lauf in den Bauch und drückte ab.

"Fahrlässige Tötung oder Putativnotwehr (aus Angst ums eigene Leben), das sind die beiden Möglichkeiten, die in Frage kommen", so sieht Kropp-Chef Polizeioberrat Kinny den Fall.

Es ist jetzt schon klar, Polizist Kropp wird freigesprochen oder gar nicht erst angeklagt und kann seine Mordwaffe bald wieder benutzen, genauso wie Kurras, der Benno Ohnesorg erschossen hat, genauso wie Polizeimeister Geigis, der den Mechanikerlehrling Richard Epple erschoss (er hatte bei der Baader-Meinhof-Fahndung eine Polizeisperre durchfahren), genauso wie Hauptwachtmeister Terholt, der den Mopedfahrer Dolfhus mit einem Pistolenschuss niederstreckte, weil er bei Rot über die Ampel fuhr.

Die Klassenjustiz schützt, der Kapitalistenstaat fördert kaltblütige oder blindwütig schiessende Polizisten. Systematisch versucht die Bourgeoisie, gerade diesen Typus des Polizisten heranzuziehen. Zum Programm der 'moralischen Aufrüstung' der Polizei gehören die Hysterieschreie über die wachsende Brutalität der Gewaltverbrecher, gehören Schulungen über die 'Charakterlosigkeit' revolutionärer Menschen. So heisst es in einem Gutachten des Militärhistorischen Instituts, in dem Aufstände und Revolutionen 'analysiert werden' und das bei der Polizei geschult wird: "Die grossen Revolutionen wurden zu einem wesentlichen Teil von Psychopathen, geistig Minderwertigen, Schwachsinnigen und Verbrechern getragen." Zur Revolution zählt nach der 'Analyse' bereits, "dass Demonstranten den Strassenverkehr lahmlegen."

Natürlich geht es bei dieser moralischen Aufrüstung der Polizei nicht um eine effektivere Verbrechensbekämpfung, sondern um die Erziehung kaltblütiger und verhetzter Bürgerkriegstruppen. Gerade darum wettert jetzt Nordrheinwestfalens Innenminister Weyer gegen die Forderungen der

Fortsetzung auf Seite 2

Währungskrise

Die aktuelle Währungskrise ist vorerst 'gelöst'; vorerst, das wagen nicht einmal mehr bürgerliche Wirtschaftler zu bestreiten. Die Abwertung des US-Dollar zeigt klar, dass er nicht mehr die stabile Leitwährung der westlichen kapitalistischen Welt ist. Der japanische Imperialismus gab dem Druck des US-Imperialismus zur Aufwertung des Yen nach. Offenbar befürchtete er die von Nixon angedrohten drastischen Importbeschränkungen mehr als die Erschwerung seiner Exportchancen durch die Aufwertung. Der westdeutsche Imperialismus verhinderte eine Aufwertung gegenüber den imperialistischen Konkurrenten innerhalb der EWG und büsste damit nichts von seinem Vorsprung auf dem EWG-Markt ein (über 70% des Aussenhandels. Durch den Ankauf von Milliarden Dollar – sogenannte Stützungskäufe). Unmittelbar vor der Dollarabwertung ermöglichte er allerdings den 'DM-Spekulanten' genannten US-Konzernen und -Banken, Milliarden Gewinne zu machen. Milliarden DM, die westdeutsche Steuerzahler, vor allem die Arbeiterklasse, aufgebracht haben.

Aber mit der Änderung einiger Wechselkurse ist die Währungskrise natürlich nicht gelöst. Die relative Ruhe des Weltwährungssystems nach dem 2. Weltkrieg beruhte auf den relativ stabilen Kräfteverhältnissen im kapitalistischen Lager, der eindeutigen Vorherrschaft des US-Imperialismus. Aber damit ist es heute vorbei. Je schwieriger die Lage des US-Imperialismus wird, je mehr andere imperialistische Länder ihre Stellungen verbessern, desto heftiger werden die Auseinandersetzungen über Investitionsgebiete, Einflußzonen, Rohstoff- und Absatzmärkte, desto mehr verschärfen sich auch die Widersprüche im Währungssystem.

Jetzt sprechen sogar die Bourgeoisie und ihre Presse von einem bevorstehenden Handelskrieg zwischen USA und EWG. Die Bundesregierung treibt dafür bereits Vorbereitungen. Sie macht klar, wer die Zeche in Westdeutschland zahlen soll: Die werktätigen Massen. Noch höhere Steuern, stärkere Arbeitshetze, Preistreiberei und Inflation, Auspressung der werktätigen Massen nach Strich und Faden. Diese Lohnraubpolitik, die die Bundesregierung bisher mit dem demagogischen Gerede von 'Opfern für die Stabilität' durchzusetzen versuchte, soll jetzt zusätzlich mit der Parole von der 'schwierigen Situation auf dem Weltmarkt' vorangetrieben werden. "Überhöhte Lohnforderungen gefährden unsere Konkurrenzfähigkeit", – so soll ein gemeinsames Interesse von Arbeitern und Kapitalisten vorgegaukelt werden, um die Arbeiter noch ein bisschen zur Kasse zu bitten.

Aber einmal ist Schluß. Lohnstopp und Tariffrieden müssen durchbrochen werden, den Streikbrechern im DGB muß der Kampf angesagt werden. Es verstärkt sich der Kampf gegen die Erhöhung der Mieten und der Nahverkehrsmittel. Gegen die ständigen Preiserhöhungen, gegen Inflation und Steuererhöhungen müssen Teuerungszulagen gefordert werden. Auf den Lohn, auf die Renten, auf die 'Ausbildungsbeihilfen'. Das muß unsere Antwort auf die Ausplünderungspolitik der Monopolbourgeoisie sein.

Bei den kommenden Währungs- und Handelskriegen zwischen den imperialistischen Mächten wird das Trugbild von dem stabilen kapitalistischen Wirtschaftssystem noch mehr in die Brüche gehen. Verstärken wir unsere Anstrengungen, daß immer mehr Arbeiter und Werktätige dies erkennen und den Kampf zum Sturz des verfaulenden Systems des Kapitalismus aufnehmen.

IMPERIALISTISCHE ABKOMMEN SIND "ATEMPAUSEN ZWISCHEN KRIEGEN" (LENIN)

Die Widersprüche zwischen den kapitalistischen Ländern, die sich aktuell in der Währungskrise zeigten, werden natürlich nicht nur auf der wirtschaftlichen Ebene ausgetragen.

Die westdeutsche Bourgeoisie warnt jetzt davor, in einem kommenden Handelskrieg nicht die 'gemeinsamen Sicherheitsinteressen' zum Streitobjekt werden zu lassen. Dabei geht es vor allem um die Nato und um die über 200 000 in Westdeutschland stationierten US-Besatzungssoldaten. Der westdeutsche Imperialismus hat gegenwärtig kein Interesse an ihrem Abzug. Er weiss, dass diese Truppen ebenso wie die Truppen der sowjetischen Sozialimperialisten in Osteuropa gegenwärtig ein Garant zur Niederhaltung der Völker Europas sind.

Der westdeutsche Imperialismus strebt an, selbst Oberherr über Europa zu werden. Er will sich solange auf die Bajonette der beiden Supermächte stützen, bis er sich stark genug glaubt, voll in ihre Fusstapfen treten zu können. Gegenwärtig denken aber auch die US-Imperialisten nicht daran, etwa um Devisen zu sparen, ihre Truppen aus Europa abzuziehen. Nixon hat dazu erklärt, dass er die Frage der US-Truppen in Europa in Zusammenarbeit mit dem sowjetischen Sozialimperialismus und dem westdeutschen Imperialismus auf 'Abrüstungsgesprächen' klären will.

Aber die Geschichte hat immer wieder bewiesen, daß bei Verschiebung der Kräfteverhältnisse, jede imperialistische Macht eine günstige Gelegenheit sucht, einen Konkurrenten auch militärisch auszuschalten und 'gemeinsame Sicherheitsinteressen' kurzfristig aufgeben werden. Diese Situation gilt auch für die Auseinandersetzung zwischen den heutigen imperialistischen Großmächten.

Die Revisionisten haben diese Gefahr von kriegerischen Auseinandersetzungen immer bestritten. Noch kurz vor dem ersten Weltkrieg vertrat der berüchtigte Kautsky die These, dass Widersprüche zwischen den imperialistischen Mächten nur auf wirtschaftlicher und politischer Ebene ausgetragen werden, aber eine Gefahr kriegerischer Auseinandersetzung wegen der gemeinsamen Interessen aller Kapitalisten nicht mehr bestehe.

Ins gleiche Horn (mit veränderter 'Begründung') tuten heute die modernen Revisionisten der D"K"P. "In früheren Zeiten führten einschneidende Veränderungen in den Konkurrenzbedingungen und im Gewicht auf den Weltexportmärkten zu Wirtschaftskriegen, die nicht selten in heisse Kriege zur Machtverschiebung umschlugen. Dank der Existenz eines stabilen sozialistischen Weltsystems ist das heute nicht mehr möglich." (UZ 9.2. 73)

Wir wollen hier nicht näher darauf eingehen, dass die D"K"P mit ihrem "sozialistischen Weltsystem" das unter der Knute des Sozialimperialismus gehaltene revisionistische Lager meint. (Über die neuesten Pläne der sowjetischen Sozialimperialisten, das revisionistische Lager vollkommen mit dem westlichen kapitalistischen System zu verschmelzen, werden wir später berichten.)

Mit der Erklärung, das Kriege zwischen imperialistischen Ländern heute nicht mehr möglich sind, will die D"K"P, genau wie damals Kaustky, die Arbeiterklasse mit dem "friedlichen" Kapitalismus versöhnen. Die Arbeiterklasse soll damit ahnungslos und unvorbereitet als Kanonenfutter in imperialistische Kriege geschickt werden können. Deshalb muss gegen diese Illusionen vom angeblichen friedlichen Charakter des Imperialismus ein schonungsloser Kampf geführt werden.

Kämpfen wir, dass die Losung " im Ernstfall dreht die Gewehre um" nicht nur einen Losung bleibt, sondern tatsächlich zum Krieg gegen den Feind im eigenen Lande, den westdeutschen Imperialismus führt.

Polizei....

Fortsetzung von Seite 1

Gewerkschaft der Polizei nach Abbau der militärischen Struktur der Polizei, nach Mitbestimmung statt Befehl und Gehorsam.

Die Polizei habe den Weisungen der 'demokratischen' Regierung und des Parlaments zu folgen. Was er darunter versteht, hört sich dann so an: "Am Beispiel Baader-Meinhof hat sich gezeigt, wie die Polizei in der Stunde der Gefahr ihre Leistungsfähigkeit unter Beweis stellen kann."

Streikrecht für die Polizei ?

Natürlich sind diese sogenannten 'Reformer' (Weyer) wie der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei um keinen Deut besser als der offene Bürgerkriegsplaner Weyer. Sie treten nur für eine bessere Tarnung des Bürgerkriegscharakters der Polizei ein. Innere Disziplin statt äusserer Zackigkeit (GdP-Landesvorsitzender Schlicht), Abbau der militärischen Struktur, damit versprechen sie sich eine bessere Täuschung der Arbeiterklasse.

An der Aufgabe der Polizei als Bürgerkriegstruppe, daran wollen sie nichts ändern. Zum Beispiel warnt die GdP in ihrer Zeitung davor, "dass immer noch fanatische Gewerkschaftler von politischen Arbeitsniederlegungen sprechen. Solche Arbeitsniederlegungen seien keine legalen Formen der politischen Demonstration." Es sei daher für die Polizei davon auszugehen, dass der politische Streik unzulässig ist." Das heisst im Falle eines Falles: Schussfeld frei!

Letztlich sind alle diese 'reformistischen' Forderungen der GdP leeres Strohfeuer und reine Demagogie. Sie selbst werden keinen Finger rühren, um sich für ein Streikrecht der Polizei oder den 'Abbau militärischer Strukturen' einzusetzen. Diese Forderungen selbst sind nichts als Verschleierungen des reaktionären bürgerlichen Staatsapparats. Eine 'demokratisch' organisierte Polizei, ein 'Streikrecht für Polizisten' sind ein völliges Unding in einem imperialistischen Staat, damit würde die Bourgeoisie ihre eigene Machtstellung schwächen.

Schlechte Zeiten für die Bourgeoisie

Weyer weiss genau, warum gerade jetzt eine striktere Militarisierung der Polizei notwendig ist. In der von den Bundesländern geforderten Polizeistudie heisst es zum Beispiel, "dass sich heute innerhalb der Polizei eine allgemeine Unzufriedenheit und Verdrossenheit verbreitet hat, die auf soziale Spannungen zurückzuführen ist". Auf die Frage, ob sie selbst wieder den Polizeiberuf wählen würden, wenn sie noch einmal die Möglichkeit der Wahl hätten, antworteten 30 von 100 mit Nein, und auf die Frage, ob sie ihrem Sohn diesen Beruf empfehlen würden, sogar 62 von 100. Immer mehr Polizisten reagieren auf die Vorbereitungen zum Bürgerkrieg, auf Einsätze gegen Demonstranten bei Rot-Punkt-Aktionen und Streiks mit dem Austritt aus der Polizei. In Nordrhein-Westfalens Polizei quittierte 1969/70 fast jeder 5. Polizist den Dienst.

Das hängt auch zusammen mit der veränderten sozialen Zusammensetzung der Polizei. Während es früher in der Hauptsache Beamtensöhne waren, die den Polizeiberuf wählten, stammen heute der überwiegende Teil der Polizisten aus Arbeiter-, Facharbeiter- und Handwerkerfamilien. Damit wird die Gefahr einer Befehlsverweigerung oder gar einer Solidarisierung mit streikenden und rebellierenden Arbeitern im Ernstfall immer grösser.

Kein Wunder also, wenn Weyer einer stärkeren Militarisierung, Kasernierung der Polizei das Wort redet und andererseits die Polizei durch 'Freiwilligentrupps' verstärken will. Es gehört nicht viel Phantasie dazu, um sich vorzustellen, wer in solche 'Freiwilligentrupps', die ganz klar zur Niederkämpfung von Demonstrationen und Streiks eingesetzt werden sollen, eintreten wird. Diese 'Hilfspolizisten' sind eine Neuauflage der faschistischen 'Freikorps' der Weimarer Republik. Auf der anderen Seite wird der Bundesgrenzschutz als 'Bundespolizei' aufgebaut und immer stärker eingesetzt für den Fall, dass die Polizeikräfte nicht ausreichen oder 'versagen' sollten.

Die Zeiten für die Bourgeoisie sind schlechter geworden. 1929 setzte der Berliner SPD-Polizeipräsident pommersche Bauernsöhne gegen die demonstrierenden Arbeiter ein. Diesen Pommern, die in ihrem Leben kaum mit Arbeitern in Berührung gekommen waren, konnte die Bourgeoisie damals recht leicht einreden, dass Kommunisten und demonstrierende Arbeiter blutrünstige Ungeheur, Frauenschänder und Bauernmörder sind. 'Pommersche Bauernsöhne' gibt es heute nur noch wenige.

Der 'Antikommunismus' hat keine Massenbasis mehr. Die Widersprüche des imperialistischen Systems haben sich heute so zugespitzt, dass die kleine Clique von Volksfeinden immer isolierter dasteht. Das beweist die starke antimilitaristische Strömung in der Bundeswehr, das zeigt auch die Austrittsbewegung in der Polizei und die Verunsicherung vieler Polizisten. Dabei darf man aber keinesfalls übersehen, dass es immer noch genug verhetzte Kleinbürger und korrumpierte Elemente gibt, die willig und hasserfüllt nur auf die Gelegenheit warten, im Auftrag ihrer Herren gegen die Arbeiterklasse loszuschlagen. Und genausowenig dürfen wir die gewaltige technische und militärische Ausrüstung der Bürgerkriegstruppen übersehen.

Mit welcher brutalen Gewalt die Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse vorzugehen gedenkt, zeigt ein Zitat aus dem Handbuch der Ausbildung und Taktik von Truppen und Polizeiverbänden, Regensburg : "Bergarbeiter der Zeche Bismarck in Recklinghausen sind für höhere Löhne in den Streik getreten. Einsatz von Truppen: pioniertechnische Züge, 72 Maschinengewehre, 27 Panzerkanonen, 36 Granatwerfer und 20 Panzerwagen."

Genauso wie die amerikanischen Imperialisten ihre ganze Vernichtungsmacht eingesetzt haben, um die Vietnamesen auf die Knie zu zwingen, genauso werden die Imperialisten auch im Bürgerkrieg verfahren.
Aber das Beispiel Vietnams zeigt uns auch, dass jede Militärmaschinerie besiegbar ist. Das Entscheidende sind nicht die Waffen, das Entscheidende ist der Mensch.

Nachrichten

BONN IN 'BANGLA DESH'

Ende Januar hielt sich eine Bonner Regierungsdelegation in 'Bangla Desh' auf. Sie führten Verhandlungen über Kapital'hilfe'. Rückwirkend für 1972 wurde dabei ein Abkommen über 80 Millionen Mark abgeschlossen.

'Bangla Desh', das als Gebilde der indischen Eroberer unter dem Feuer sowjetischer Waffen entstand, soll verstärkt in die Kapitalanlagesphäre des westdeutschen Imperialismus einbezogen werden. Sowjetische Waffen in indischen Händen sollen dabei den westdeutschen Kapitalisten bei der Sicherung ihrer 'Investitionen' vor der Volksrevolution in Ostpakistan verhelfen.

'SICHERHEIT UND ENTSPANNUNG IN EUROPA'

Unter diesem Namen soll im Sommer das Schauspiel in Helsinki, unter Schirmherrschaft der US- und SU-Imperialisten weitergehen. Bis dahin wird die 'Konferenz für ausgewogene Truppenreduzierung' anlaufen. Vorgespräche in Wien haben begonnen.

Was von dieser Konferenz zu erwarten ist, zeigt die neueste Entwicklung auf militärischem Gebiet im Januar und Februar. 40 000 Soldaten aus USA, Kanada und der BRD hielten in Süddeutschland das Manöver 'Reforger 4' ab. Im Atlantischen Ozean, bei Portugal, findet die grösste NATO-Marine-Übung seit je in diesem Raum statt. Am 6.2. genehmigt Kriegsminister Leber (SPD-DGB) die Einführung eines neuen Flakpanzer für das Heer. 360–400 Panzer kosten dem Steuerzahler in den nächsten Jahren ca. 2 Milliarden DM. Am 13. Februar wurde durch die "Washington Post" bekannt gegeben, dass in den letzten 4 Jahren weitere 1 000 Sowjet-Panzer vom Typ "T62" in die DDR geschafft wurden.

WESTDEUTSCHLAND AN 1. STELLE IM OSTGESCHÄFT

Unter der Leitung des Bonner Wirtschaftsminister Friedrichs traf Mitte Februar eine Kapitalistendelegation bei ihren Moskauer Geschäftspartnern ein. Unter anderem nahmen teil: Berthold Beitz von Krupp, Kurt Hansen von Bayer Leverkusen, Alwin Münchmeyer, der Präsident des Bundesverbandes Deutscher Banken und Otto Wolf von Amerongen, Präsident des DIHT.

Das Handelsvolumen zwischen beiden Ländern stieg 1972 um 25% auf 3,7 Milliarden Mark. Damit liegt Westdeutschland an 1. Stelle unter den westlichen Ländern. Der sowjetische Aussenhandelsminister Nowikow wies bei diesem Besuch darauf hin, dass 'die Möglichkeiten noch längst nicht voll ausgeschöpft' seien.

Die Sowjetrevisionisten hoffen rasch handelseinig zu werden. Der kurz vorher veröffentlichte Jahresbericht der Zentralen Statistischen Verwaltung der UdSSR dokumentiert den weiteren Niedergang der kapitalistischen Sowjetwirtschaft. Nach 'Plan' sollte das Nationaleinkommen um 6,2% wachsen, wuchs aber nur um 4%. Auf Bummelstreiks in sowjetischen Betrieben reagierte die Prawda vom 30.1. mit einem Aufruf an die Gewerkschaft, in den Betrieben "jeden Störenfried der staatlichen Disziplin zur Ordnung zu rufen."

ROTER MORGEN

Herausgeber: ZK der KPD/ML
Verlag G. Schubert

Verlag und Redaktion: G. Schubert, 43 Essen 14, Postfach 36 07. Bestellungen an Vertrieb: 87 Würzburg, Postfach 612.

Postscheckkonto Essen Nr. 464 20 – 435 (G. Schubert).
Verantwortlicher Redakteur: Ernst Aust, Hamburg. Druck: Würzburger Schnelldruck. Erscheinungsweise: Wöchentlich samstags; Einzelpreis 50 Pfennig; Abonnement 25,– DM für ein Jahr (52 Ausgaben). Das Abonnement ist für ein Jahr im Voraus durch Überweisung auf unser obenstehendes Konto zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf der Frist gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Friedens- und Schweigepflicht

Neue Tarifrichtlinien der Chemie-Bonzen

Am 1. Januar traten die 'Richtlinien für die Tarifarbeit' in Kraft, die auf dem Gewerkschaftstag der IG Chemie in Dortmund beschlossen wurden. In diesen Richtlinien geht es vor allem um die Stellung der Vertrauensleute im Gewerkschaftsapparat. "Kampfkraft gestärkt durch mehr Einfluss für die Vertrauensleute" – so kommentierte die UZ die Beschlüsse des Gewerkschaftstages. Und direkt zum Zustandekommen der Richtlinien: "Diese prinzipielle Debatte lebte von den unmittelbaren Erfahrungen des Kampfes. Da blieb kein Raum für soziale Romantik. Die Delegierten waren entschlossen, die Nutzanwendung aus diesem Kampf zu ziehen und die politische und organisatorische Kraft ihrer Gewerkschaft zu stärken." (UZ, 29. 9.).

Sehen wir uns an, für wen die 'politische und organisatorische Kraft' gestärkt werden soll, für wen die Vertrauensleute mehr Einfluss gewinnen sollen.

Punkt VII der Richtlinien: Gewerkschaftliche Vertrauensleute und Tarifarbeit.

Hier geht es darum, dass vor den Tarifverhandlungen in den Betrieben V-Leute-Versammlungen stattfinden sollen, die 'tarifpolitische **Wünsche**' diskutieren. Diese 'Wünsche' werden an den Verhandlungsführer weitergeleitet.

"Der Verhandlungsführer trägt diese Beratungsergebnisse der zuständigen Tarifkommission vor. Die Tarifkommission bezieht sie in ihre Überlegungen und Entscheidungen mit ein. (Abschnitt VII, 4).

Und wenn er sie nicht mit einbezieht, wie im letzten und vorletzten Jahr oft genug geschehen? – Für diesen Fall sieht Punkt 7 vor:

"Die gewerkschaftlichen Vertrauensleute sind verpflichtet, Informationen der Gewerkschaft an die Gewerkschaftsmitglieder weiterzuvermitteln, sowie Verlauf und Ergebnis der Tarifverhandlungen den Mitgliedern im gewerkschaftlichen Sinne zu erläutern."

Das aber heisst nichts anderes, als dass die V-Leute jetzt per Gewerkschaftsgesetz verpflichtet sind, die Lohnraubpolitik von Kapital und Gewerkschaftsbonzen vor den Arbeitern anzupreisen. V-Leute, die die Forderungen der Kollegen mit ihnen zusammen durchkämpfen wollen, haben wohl nach diesen neuen Richtlinien in der IG Chemie nichts mehr verloren?

Der Rücken gestärkt wird dagegen den V-Leuten, für die Hauenschildts (1. Vorsitzender der IG Chemie) Wunsch Befehl ist.

Nicht anders sieht es mit der zweiten Neuerung aus. Ab 1.1.73 werden die Mitglieder der Tarifkommission auf betrieblichen V-Leuteversammlungen gewählt. Bezeichnenderweise ist der Wahlmodus in den Richtlinien nicht festgelegt; die jeweilige Verwaltungsstelle kann von Fall zu Fall darüber entscheiden. (Genauso übrigens über die genaue Anzahl der Kommissionsmitglieder). Damit sind Manipulationen durch die Bonzen Tür und Tor geöffnet. Sollten trotzdem noch zu viele kämpferische V-Leute in Tarifkommissionen kommen, sieht Punkt 14 von Abschnitt VIII vor:

"Die Tarifkommissionen sind verpflichtet, bei ihren Beschlüssen die Richtlinien und Anweisungen des Hauptvorstandes zu beachten. Der Verhandlungsführer ist berechtigt, Beschlüsse der Tarifkommissionen auszusetzen und den Hauptvorstand anzurufen, insbesondere dann, wenn er der Meinung ist, dass gegen bindende Beschlüsse gewerkschaftlicher Gremien verstossen wird."

Und Punkt 15 und 16:

"Die Beratungen in den Tarifkommissionen sind in dem Umfange vertraulich zu behandeln, wie der Verhandlungsführer sie als vertraulich bezeichnet." – "Erklärungen über den Verlauf der Kommissionsberatungen und der Verhandlungen .... können nur die Verhandlungsführer oder die von ihnen Beauftragten abgeben."

Macht Punkt 14 die Tarifkommissionen zu einer parlamentarischen Schwatzbude, wird den Mitgliedern mit Punkt 15 und 16 auch noch der Maulkorb umgebunden. In der Tat – da bleibt kein Raum für 'soziale Romantik'. Hinter dem Schlagwort der 'Mitwirkung der Vertrauensleute' verbirgt sich nichts anderes als ein erneuter, harter Schlag gegen die innergewerkschaftliche Demokratie. Die Richtlinien sind nichts anderes als eine Gewerkschaftsausführung der 'Friedens- und Schweigepflicht' aus dem BVG.

Welche 'politische und organisatorische Kraft' da in der Gewerkschaft gestärkt werden soll, ist also auch klar – **die Kraft des Klassenfeindes.**

Wenn die D'K'P-Führer diesen Angriff auf die Chemiearbeiter hochjubeln, zeigen sie wieder einmal, auf welcher Seite der Barrikade sie stehen.

Die Revisionisten wissen, dass gerade im Lohnkampf 71 die Chemiearbeiter ihre Feinde kennengelernt haben. Die Schüsse auf Streikposten bei Clouth in Köln haben so manchem die Augen darüber geöffnet, wie das mit dem angeblich so friedlichen Kapital in der BRD aussieht. Mit dem Klassenhass wuchs auch der Hass gegen die Bonzen, die erst mit 'linken' Sprüchen und dann mit offenen Drohungen die Streiks abwürgten. Und genau wie jetzt beim Streik der Arbeiter bei Hoesch entbrannte auch damals die Frage, wie ein ehrlicher gewerkschaftlicher Kampf zu führen ist, wie die Partei aussehen muss, die tatsächlich die Interesse der Arbeiter vertritt. Das Interesse an den Kommunisten wuchs.

Fortsetzung auf Seite 4

Wählt klassenkämpferische V-Leute !

Bochumer Verein (RM). Ende Januar wurde im Radsatzbau beim Bochumer Verein (Krupp) eine Ankündigung zu den Vertrauensleutewahlen ausgehängt. Diese fing ungefähr so an:

"In den Monaten Januar bis März finden bei Krupp die Vertrauensleutewahlen statt ...." Ganz unten – sehr klein geschrieben, so dass es jeder Kollege übersehen musste – war geschrieben: "Schriftliche Vorschläge für die Vertrauensleute sind am Freitag, 9. 2. 1973 von 5 Uhr 30 bis 7 Uhr bzw. für die Mittagsschicht von 13 Uhr 30 bis 15 Uhr in der Meisterei beim Betriebsrat einzureichen." Diese Notiz hat praktisch jeder Kollege übersehen. Vom Betriebsrat und von den Vertrauensleuten wurde bewusst nichts getan, um die Kollegen darauf aufmerksam zu machen, keinerlei Versammlungen usw.

Darauf haben sich am Freitag die bisherigen V-Leute plus ein neuer Kollege eintragen lassen. Über diesen Kollegen ist bekannt, dass er kaum ein Wort mit anderen spricht, zwar sehr viel arbeitet, aber das wird natürlich vom Meister gern gesehen. Kein Kollege hat ein gutes Verhältnis zu ihm. Er wurde auch nur von einem Kollegen auf seinen eigenen Wunsch hin vorgeschlagen.

In der nächsten Woche war plötzlich ein Aushang am Schwarzen Brett vom Betriebsrat:

"Da sich sieben Kollegen zur Wahl gestellt haben und sieben Kollegen zu wählen sind (wovon vorher kein Wort gesagt wurde!) sind diese sieben Kollegen für drei Jahre gewählt."!!!

Dieses Beispiel ist kein Einzelfall. Mit solchen Methoden versuchen die Bonzen die Gewerkschaftsdemokratie abzuwürgen. Das darf nicht kampflos geschehen. Fordern wir überall Durchführung der Wahl und rechtzeitige Information! Stellen wir klassenkämpferische Kollegen auf! Kämpfen wir für ihre Organisierung in der Gewerkschaftsopposition! Kommunisten voran, erobert Euch durch Euren Einsatz das Vertrauen der Kollegen!

GEGEN DAS KAPITAL UND SEINE GEWERKSCHAFTSBONZEN – KLASSENKÄMPFERISCHE V-LEUTE!



Genossen,

unser Betrieb hat ca. 10 000 Stahlarbeiter. Wir stellen Röhren transportfertig her. Die beiden wichtigsten Abteilungen sind RK1 und 2. Das sind die Rohrcontistrassen. RK1 ist schon älter und hat seit 71 die 6-Tagewoche. Dagegen haben im Januar bereits 500 Mann gestreikt mit der Forderung: normale 5-Tagewoche. Aber die Mannesmannherren und der Betriebsrat haben nach dem Streik die Einigungsstelle mit dem Landesschlichter Peter Kraft angerufen. Ergebnis:
Weiterführung der 6-Tagewoche in der RK 1
Einführung der 6-Tagewoche in der RK 2 in 2 – 3 Monaten
30 DM Pauschale monatlich für alle 6-Tagearbeiter.

Wir sollen jetzt also auch in RK 2 bald 6 Tage arbeiten müssen und so Mannesmann die Einstellung neuer Arbeiter ersparen. Aber bei den Kollegen ist eine grosse Stimmung dagegen und es wird wohl noch einiges auf die Mannesmannkapitalisten zukommen.

Der Streik der 500 Mann war übrigens am 2. Tag der 2. Urabstimmung, wo bei uns so gut wie alle für Streik gestimmt haben. Hinten im Lager stand bei uns damals von irgendeinem mit Kreide geschrieben: "Wer nicht streiken will, soll betteln gehen."

Es war klar, die Lohnrunde ist noch nicht zu Ende: entweder wird Mannesmann das Schandergebnis von 46 Pf. noch weiter herabdrücken, oder wir Arbeiter werden es durch Kampf vom Tisch wischen. Was die Kollegen bei Hoesch ja getan haben.

Und das ist auch passiert: Vorgestern bei der Ausgabe der Lohnstreifen für Januar waren viele Kollegen zuerst sprachlos. Bei ihnen war aus 46 Pf. mehr auf einmal 36 Pf. oder noch weniger geworden.

Der Meister wusste natürlich nichts. Auf dem Lohnbüro hiess es "Ihr habt wohl 46 Pf. mehr bekommen, aber verschiedenen Arbeitern die Prämie ist gekürzt worden." So hat ein Kollege von uns, der vorher 6,90DM hatte, jetzt 7,26 DM. Ein anderer, der den Lohnstreifen herumzeigte, vorher 7,26 DM, jetzt 7,62 DM. Unmengen von Kollegen waren schon beim Betriebsrat, um sich zu beschweren. **Es herrscht bei uns grosse Empörung, ist doch die "Lohnerhöhung" auf die Art weniger als 6%. Was sollen wir mit diesemAlmosen?**

Ein Streik ist noch nicht angefangen, steckt aber durchaus drin. Wir schreiben schon mal diesen Bericht, damit so viele Kollegen wie möglich von diesem unverschämten Lohnraub erfahren sollen.

Und noch eins: die Herren von Mannesmann haben deutlich gezeigt, dass ein Tarifvertrag für sie nicht mehr als ein Fetzen Papier ist. Für uns aber dann erst recht Wie WIR damit umgehen, haben wir im September 69 gezeigt.

Kollegen, Genossen, das schreiben euch zwei Kollegen von Mannesmann Mühleim, die erst in der Gruppe Rote Fahne Bochum politisch gearbeitet haben und jetzt nach Kräften die wirkliche KPD/ML unterstützen werden.

Rotfront, 2 Genossen von Mannesmann

KLASSE GEGEN KLASSE



WARNSTREIKS BEI SEPPELFRICKE

Bei Seppelfricke und Küppersbusch in Gelsenkirchen mussten die Arbeiter am 15.2. feststellen, dass ihnen die betrieblichen Zulagen gekürzt worden waren. Zwischen 10 und 25 Pfennig hatten ihnen die Kapitalisten geraubt. Die Arbeiter bei Seppelfricke traten daraufhin in einen mehrstündigen Warnstreik.

EXPLOSION BEI DER AUGUST-THYSSEN-HÜTTE – 5 ARBEITER VERLETZT.

Im Oxygen-Stahlwerk der August-Thyssen-Hütte in Duisburg explodierte am 5.2. eine Sauerstofflasche. 5 Arbeiter wurden verletzt, die auf den Werksparkplätzen stehenden Autos durch niederprasselnde Schlacke schwer beschädigt. Etliche Geschäfte in der Nähe wurden durch den Schlackenregen verwüstet, Scheiben gingen massenweise zu Bruch. Ausserdem gab es 2 Brände. Das war die dritte Explosion bei Thyssen innerhalb kurzer Zeit.

Aus Angst vor der Wut der Bevölkerung und um sich die Schadenersatzkosten zu ersparen, wurde von den Thyssenkapitalisten das Gerücht verbreitet, die Explosion sei durch eine Bombe aus dem 2. Weltkrieg ausgelöst worden. Kommentar eines Kollegen: "Wenn es denen da oben um eine halbe Million geht, dann war es für die eben eine Bombe."

ENGLAND: ERBITTERTER KAMPF GEGEN ANTI-STREIKGESETZ!

Am 12.2. traten rund 47 000 englische Gasarbeiter in den Streik. Der Streik traf die englische Wirtschaft schon am ersten Tag hart. Allein in Süd-London mussten 16 Fabriken ihre Tore schliessen. Die Regierung Heath droht mit"hartem Durchgreifen', notfalls auch mit der Ausrufung des Notstandes.

Ausser den Gasarbeitern haben rund 220 000 Hilfskräfte in den Krankenhäusern mit Streik gedroht, 52 000 Arbeiter der britischen Ford-Werke lehnten das Unternehmerangebot von etwa 12 DM pro Woche ab. Die Gewerkschaft der Lokomotivführer kündigte für Mittwoch einen Warnstreik an.

ITALIEN: MAILÄNDER UNTERNEHMER SCHIESST AUF ARBEITER

Ein Mailänder Unternehmer schoss am 14.2. auf eine Gruppe von Gewerkschaftlern, die Arbeiter seines Betriebes zur Teilnahme an einem Streik aufrufen wollten. (Die italienischen Drucker kämpfen schon seit Monaten um höheren Lohn.) Zwei Arbeiter wurden verletzt, einer lebensgefährlich. Gegen diesen frechen Mordversuch protestierten am nächsten Tag rund 7 000 Drucker in Mailand mit einem 24-stündigen Streik.

—MILLIONEN STEHEN HINTER IHNEN—

„Metall" zum Vermögen der Gewerkschaften

Die Bonzen der IG Metall sehen sich genötigt, über ihre Vermögenslage 'Rechenschaft abzulegen'. Sie vermuten ganz zu recht, dass es nicht zuletzt ihr 'Unternehmerreichtum' ist, der immer mehr Metall- und Stahlarbeitern klarmacht, dass zwischen ihnen und den Loderer und Co ein radikaler Trennungsstrich gezogen werden muss. Zwei ganze Seiten in der 'Metall' Nr. 3/73 sind darum der Aufgabe gewidmet, die Arbeiter aufzuklären.

Das Problem scheint nicht einfach – hat man doch extra einen studierten Herren (Dr. W. Nickels) bemüht, dem Arbeiter zu erklären, dass Unternehmervermögen eben nicht gleich Unternehmervermögen ist. Bewiesen werden soll, dass die Herren der Bank für Gemeinwirtschaft, der Neuen Heimat und anderer Unternehmen nur mehr scheinbar Kapitalisten sind (im Kopf des Arbeiters mit seinem schnöden materialistischen Denken nämlich); in Wahrheit aber mit ihnen in unserer rauhen kapitalistischen Wirklichkeit ein Pflänzchen entsteht, an dessen Lebensmöglichkeit der platte Arbeiterverstand nicht zu glauben vermag: der Volkskapitalismus.

Man erinnert sich: Kapitalist und Arbeiter – beide in einem Boot – Mensch neben Mensch, mit dem einzigen Unterschied, dass auf dem Kapitalisten die Verantwortung lastet, wie das Jesukind auf Christopherus.

Was hat der Metallarbeiter, der jetzt nach der Lohnrunde in seinem Portemonnaie ein Loch sieht und bei den Gewerkschaftsunternehmen Riesengewinne – übersehen?

Drei Dinge, erfährt man. Wie jeder weiss, und die Gewerkschaftsführer darum auch bereitwillig zugeben, steckt ein grosser Teil ihres Geldes in einem Topf namens 'Streikfonds'. Dieser Topf, und das ist das erste Argument unseres Doktors, kann nicht gross genug sein. "Denn jeder Arbeitskampf, selbst der kleineren Gruppen der Arbeitnehmerschaft, verschlingt grosse Summen an Streikunterstützung. Wenn beispielsweise nur 100 000 Arbeitnehmer vier Wochen streiken, so kostet das die Streikkasse bei einer durchschnittlichen wöchentlichen Unterstützung von 200 DM pro Mitglied bereits 80 Millionen DM, mit Streiknebenkosten werden es leicht 100 Millionen DM und mehr."

Hübsch. Diese Rechnung macht es uns verständlicher, warum die Bonzen angesichts der Streikbereitschaft der Metall- und Stahlarbeiter den Streikbruch bis hin zum Ruf nach der Polizei und dem Verbot von gewerkschaftsoppositionellen Gruppen geprobt haben. Es ging für sie um Millionen.

Dadurch, daß rund 1 000 000 Metall- und Stahlarbeiter nicht – sagen wir für eine Woche – gestreikt haben, haben die Bonzen nach ihrer eigenen Rechnung einen Reibach von 250 Millionen DM gemacht.

Überhaupt wurden aus dem großen Streiktopf von 500 000 000 DM zwischen dem 11. 1. 68 und dem 31. 1. 72 ganze 9,935% (166 105 DM) bei Streiks und Aussperrungen ausgegeben.

Da kann einem schwerarbeitenden Metaller der Kragen schon platzen. Aber Argument zwei soll ihn belehren, dass er sich völlig umsonst erregt: "Ob 1,5 oder 2 Milliarden DM: Diese Zahlen erscheinen auf den ersten Blick und absolut gesehen sehr beachtlich." Aha, also doch Bonzenreichtum? Schon, aber sozusagen aus der Not geboren. Denn: "Der DGB ist jedoch keine Einzelperson wie ein Flick, ein Oetker, ein Fürst von Thurn und Taxis. Diese Summe muss auf die Zahl der rund sieben Millionen Mitglieder der DGB-Gewerkschaften bezogen werden. Dann ergibt sich pro Mitglied lediglich ein Vermögensanteil von rund 285 DM. Durch eine Aufteilung ihres Vermögens würden die Gewerkschaften also so gut wie nichts zur Vermögensbildung ihrer Mitglieder beitragen können." Ein solches Almosen aber schämen sich die Bonzen, dem Arbeiter anzubieten. Da behalten sie schon lieber ihre Milliarden.

Hören wir das dritte und letzte Argument: "Die gemeinwirtschaftliche Betätigung der Gewerkschaften."

Damit verhält es sich folgendermassen: "Mit Hilfe ihrer gemeinwirtschaftlichen Unternehmen können die Gewerkschaften mit relativ geringem Kapitaleinsatz auf Märkten, die für die Arbeitnehmer besonders wichtig sind, grosse Wirkungen erzielen: Sie können ... auf Preise und Qualität der Güter und Dienstleistungen Einfluss nehmen; ...auf gesellschaftspolitischem und auf sozialem Gebiet Beispiele setzen; Forderungen der Gewerkschaften ... vor ihrer allgemeinen Durchsetzung realisieren und dadurch die anderen Unternehmen zu gleichem Verhalten veranlassen."

Beispielhaft in der Tat – für die anderen Kapitalisten nämlich: Riesengewinne meldet die Bank für Gemeinwirtschaft (nicht zuletzt auf Grund ihrer imperialistischen Geschäfte mit Israel), Riesengewinne meldet auch die 'Neue Heimat' – mit grossen Projekten in den Ländern Lateinamerikas und horrenden Mieten hier, nicht anders sieht es bei den anderen 'gemeinwirtschaftlichen' Unternehmen aus: Die 'gute und billige' Ware in den Coop-Läden ist in Arbeiterhaushalten gefürchtet. Und nicht nur im Erwirtschaften von Profiten, sondern auch in Sachen Gesellschaftspolitik können die anderen Unternehmer bei ihren Gewerkschaftsfreunden lernen: So beschlossen sie bei Parco in Eutin (einem Mitglied der Coop-Ladenkette) die Entlassung der Hälfte der Belegschaft, ohne vorher auch nur den Betriebsrat zu informieren; so kämpft ein Mieterrat einer Siedlung der 'Neuen Heimat' in Dortmund schon monatelang für die Rechte der Mieter. Die 'Neue Heimat' schickt noch nicht einmal einen Vertreter zu den Mieterversammlungen.

Fürs 'Volk' bei den Volkskapitalisten Loderer und Co. bleibt also nicht mehr als zu erwarten war: Arbeiten und zahlen. Mit dem einzigen Unterschied, daß diese Herren dem Arbeiter Lügen auftischen, für die sich jeder 'ehrliche Kapitalist' zu schade wäre. Der Höhepunkt alle Beweise bildet nämlich Argument vier:

"Das Vermögen (der DGB-Bonzen – die Red.) dient den Interessen von zur Zeit fast sieben Millionen Mitgliedern und darüber hinaus der gesamten Arbeiterschaft, d.h. 80% der gesamten Bevölkerung." Bleibt nur noch übrig zu sagen: Mit 80% der Bevölkerung haben die Bonzen ungefähr getroffen – die Zahl derjenigen nämlich, die den Blutsaugern von Abs bis Loderer eines Tages den Garaus machen werden.

Akkordarbeiter in Velbert -

offensiv gegen die Angriffe des Kapitals!

Der Streik der Velberter Akkordarbeiter der Firma Hülsbeck und Fürst ist beendet. Dieser über dreiwöchige Streik in einem relativ kleinen Betrieb (1600 Beschäftigte) hat nicht umsonst die Freunde und die Feinde der Arbeiterklasse fast in ganz Westdeutschland beschäftigt. Warum? Die Velberter Arbeiter haben mit ihrem Streik ein Signal gesetzt für den Kampf gegen den verschärften Lohnraub. Mit ihrer Parole: 'Wir werden kämpfen, wir werden siegen, die Firma Hülsbeck wird unterliegen, haben sie gezeigt, dass die Arbeiterklasse sich nicht von den wirtschaftlichen Angriffen des Kapitals wird an die Wand drücken lassen. Sie muss und wird offensiv darauf antworten.

Dazu gehört, dass die Akkordarbeiter bis zuletzt der üblichen Kuhhandelspolitik der Gewerkschaftsbosse eine klare Absage erteilt haben. **Keine Kompromisse Durchsetzung der vollen 8,5% war ihre Losung.** Das wurde besonders deutlich, als es zuletzt nur noch um 1% ging. Immer wieder konnte man da hören:' es geht uns nicht nur um Pfennige, es geht uns ums Prinzip! **Bei dieser klassenkämpferischen Haltung wuchs auch der Hass gegen die Gewerkschaftsführer.** Auf einer Versammlung wurden die Gewerkschaftsführer einfach aus dem Saal geworfen. Wie sehr diese klare Kampfhaltung der gegenwärtigen Stimmung der Arbeiterklasse aus dem Herzen spricht, zeigt die grosse Solidaritätsbewegung, die Grussadressen und vor allem die Geldspenden. Auch die Tatsache, dass ein Velberter Arbeiter zu den Hoesch-Arbeitern sprach, zeigt, wie gross die spontane Verbundenheit schon heute ist. **Das zeigt klar, wie notwendig es ist, die überregionale Organisierung von gewerkschaftsoppositionellen Arbeitern und Gruppen voranzutreiben.**

Die Bedeutung dieses Streiks für die Entwicklung des Klassenkampfes ist natürlich auch dem modernen Revisionismus klar. Mit rieigen Demonstrationsphotos, mit Aufzählung von Spenden von D'K'P-Mitgliedern in einem Artikel in der UZ wird der Eindruck erweckt, die D'K'P stände voll auf der Seite der Kämpfenden. Aber in Wahrheit werden die Ereignisse in Velbert auf den Kopf gestellt.'' IG Metall steht hinter streikenden Akkordarbeitern von Hülsbeck und Fürst" – das ist die Schlagzeile des Artikels. Fragt man sich nur, warum das Ganze ein 'wilder' Streik war, warum Studenten aus Bochum, die bei einer Demonstration mitmarschieren wollten, von den Gewerkschaftsbonzen kaltschnäuzig die Antwort erhielten, da fände gar nichts statt.

Kein Wort findet sich bezeichnenderweise auch in dem Artikel über die Empörung der Akkordarbeiter über die IGM-Bonzen. **Kumpanei mit den Bonzen – Absage an den konsequenten gewerkschaftlichen Kampf der Arbeiter, das ist das erste, womit der Kampf der Arbeiter zurückgezerrt und in falsche Bahnen gelenkt werden soll.**

Weiter hebt der Artikel hervor, dass (2 Wochen nach Streikbeginn) sich ein Kompromiss abzeichne; Die angebotenen 7,5% werden als voller Erfolg gelobt. Das ist eine offene Lüge. Niemand von den Arbeitern wollte diesen Kompromiss. Wohl aber ein Herr, der hier als kämpferischer Kommunist gepriesen wird: D'K'P Mitglied Ronig, 2. Bevollmächtigter der IG Metall Velbert war es auch, der nach drei Wochen Streik es schliesslich schaffte, die Kollegen zur Arbeitsaufnahme zu überreden.

Kuhhandelspolitik mit den Kapitalisten – Absage an den prinzipienfesten Kampf der Arbeiter, das ist den zweite Punkt.

An den entscheidenden Punkten wo der Kampf der Velberter Arbeiter den Fortschritt im ökonomischen Kampf deutlich machte, sabotierten die D'K'P-Führer. Das ist für uns ein erneuter Hinweis, den Kampf gegen die modernen Revisionisten zu verstärken. Nur so kann auch die Organisierung und Ausweitung der gewerkschaftsoppositionellen Bewegung voranschreiten und auf eine revolutionäre Grundlage gestellt werden.

Neue Tarifrichtlinien ...

Fortsetzung von Seite 3

Die Situation war gefährlich geworden für Kapital und Bonzen. Was sie auf jeden Fall verhindern wollen, ist der einheitliche Kampf und das organisierte Vorgehen all jener, die Tag für Tag im Kampf erfahren haben, dass nur in Opposition zu den Bonzen und zum gesamten kapitalistischen System der Arbeiter sein Recht erkämpfen kann. Hauenschildt und seinesgleichen, als Busenfreunde von Brandt, als bekannte Kämpfer für dieses System, sind dazu untauglich.

Das ist die Stunde für die Revisionisten. Sie haben jetzt vor allem die Aufgabe, den organisierten gewerkschaftlichen Kampf Klasse gegen Klasse zu verhindern. Ihr Mittel heisst hier wie überall: Mehr Mitbestimmung, Zurückdrängung der Monopole, zwingt die Bonzen. Hand in Hand damit helfen sie den Gewerkschaftsführern, ihren Apparat mit Ausschlussterror 'sauber' zu halten, sind sie führend mit dabei, gegen die gewerkschaftsoppositionellen Gruppen und die Kommunisten zu kämpfen.

Aber nicht nur das Kapital, Bonzen und Revisionisten lernen im Klassenkampf. Die entscheidende Lehre, die sowohl aus dem Chemiekampf 71 wie auch aus der Metalltarifrunde gezogen werden muss, ist, dass von Anfang an der Kampf von den Arbeitern selbst in die Hand genommen werden muss, dass nur auf sie selber und ihren Zusammenhalt Verlass ist. Das heisst für die Aufstellung von Forderungen: Breite Diskussion in Betrieben, auf Abteilungs- und Betriebsversammlungen. Der Kampf wird in den Betrieben entschieden und nicht in den Tarifkommissionen! Auch wenn wir es schaffen, klassenkämpferische V-Leute in die Tarifkommissionen zu wählen, entscheiden kann und wird nicht ihre Stimme, sondern unsere Vorbereitung auf den Kampf.

Revisionistisches

Sowjet - Spionage gegen Pakistan

Die "Daily News" in Karatschi (Pakistan) berichtete, dass mit elektronischer Vorrichtung für Spionagetätigkeit ausgerüstete Schleppnetzfischdampfer der sowjetischen Marine in der letzten Zeit immer wieder im Arabischen Meer und insbesondere vor den Küsten Pakistans beobachtet worden waren.

Dem Bericht zufolge drangen diese Schiffe manchmal sogar in die pakistanischen Territorialgewässer ein. Sie liefen indische Häfen an, um aufzutanken und mit der indischen Marine, die ebenso in diesem Gebiet ihre Spionage verstärkt hat, Informationen auszutauschen.

Die Zeitung "Nawawaqt" schreibt:" Die russischen Anschläge gegen Pakistan sind kein Geheimnis. Ihre Hilfe bei der Teilung Pakistans konnten sie vor niemand verbergen. (Gemeint ist u.a. die Eroberung Ostpakistans durch die mit sowjetischen Waffen ausgerüsteten indischen Reaktionäre vor 2 Jahren).

In Bezug auf den sowjetischen Versuch, unter dem Vorwand ihres 'asiatischen Sicherheitssystems' Zugang zu pakistanischen Küsten zu erhalten, wies die Zeitung darauf hin: "Pakistan akzeptierte, seinen nationalen Interessen entsprechend, dieses Programm nicht... Russland behauptet, es sei Kämpfer gegen den Imperialismus und den Kolonialismus. Aber sein ganzes Benehmen steht im Gegensatz zu den allgemein anerkannten Normen der internationalen Moral und zu den eigenen Behauptungen. Jeder klar denkende Mensch kann nicht umhin, dieses Verhalten als Zarismus zu bezeichnen."



UZ: Verständnis für Fahrpreiserhöhungen

In der D'K'P-Zeitung UZ Nr.6 vom 9.Februar wird über anstehende Fahrpreiserhöhungen berichtet.

Nicht eine Mark kam bisher aus Bonn "jammert UZ". "NRW-Finanzminister Wertz behauptete kürzlich, den Gemeinden ginge es finanziell besser. Im Gegensatz zu diesem Wortgeklingel sehen sich immer mehr Städte infolge ihrer Finanzmisere gezwungen, die Fahrpreise der Nahverkehrsunternehmen anzuheben", stellt UZ verständnisvoll fest.

RM-Redaktion: Wir warten jetzt gespannt darauf, wann die UZ endlich Verständnis dafür entwikkelt, dass die kleineren Kapitalisten die Preise rauf und die Löhne runtersezten weil sie dazu schliesslich durch die harte Konkurrenz der Monopole gezwungen sind.

Idiot Walser

Literat und D'K'P-Anhänger Martin Walser bittet in einem Brief Altnazi Kiesinger um Abberufung des Konstanzer Universitätsrektors Hahn: "Ich bitte Sie, sehr geehrter Herr Kiesinger, verhindern sie, dass er auch diese Universität noch reif macht zum Polizeieinsatz..." (Spiegel 8/73). Das sieht dann auch ein Walser ein, Ordnung muss sein, Polizeieinsatz muss sein. Ob Altnazi Kiesinger ihn erhört, um einen Polizeieinsatz abzuwenden? Spass beiseite; Lenin hat einmal gesagt, die Leute, die behaupten, dass man friedlich, per Reform, in den Sozialismus spazieren könnte, seien entweder Idioten oder Verbrecher. Wir müssen Walser zugute halten, dass er nur ein Idiot ist.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION !



"WIR HABEN AUF EUCH MEHR ALS 10 JAHRE GEWARTET," SAGT DER ALTE ZU DEN BEFREIUNGSKÄMPFER.

Ein verwundeter Tiger

Mit welch ernsthaften Absichten die USA in die Vietnam konferenz gehen, zeigt der ständige Bruch des bestehenden Waffenstillstandsabkommens durch die USA-Thieu-Clique in Saigon und die Aktivitäten der US-Imperialisten im ostasiatischen Raum:

30.1. Der offen faschistische Südstaatler und Vizepräsident der USA, Spiro Agnew, trifft in Saigon ein. Er bekräftigt Thieu offiziell die weitere Unterstützung durch die USA und erklärt: "Die amerikanische Regierung erkennt Nordvietnam nicht das Recht zu, seine Truppen auf südvietnamesischem Boden zu belassen." Damit wird die 'Begründung' für die US-Aggression in den letzten Jahren, 'Südvietnam wird vom Norden angegriffen', für eine weitere Kriegsführung aufrechterhalten.

Anschliessend fuhr Agnew zu seinen Dienern in Kambodscha, Thailand, Laos und Indonesien. Er habe, wie er sagte, den dortigen Regierungen versichert, dass "wir unsere Freunde nicht im Stich lassen werden."

9 Tage vor der geplanten Vietnamkonferenz in Paris: Die USA-Thieu-Clique in Saigon weigert sich immer noch, ihren Truppen die Einstellung der bewaffneten Auseinandersetzung zu befehlen. Gleichzeitig droht Thieu, die Entlassung der gefangenen Gegner solange hinauszuzögern, wie die Gegenseite nicht ihre angeblich 'eklatanten Verletzungen' des Waffenstillstands unterbinde.

Wer das Abkommen bricht, können sogar die bürgerlichen Zeitungen nicht mehr verschweigen. Die Süddeutsche Zeitung vom gleichen Tag berichtet: "Südvietnamesische Militärpolizisten haben in Tom Son Nhut zahlreiche Journalisten und Gäste darunter einen indonesischen General der internationalen Kontrollkommission, **daran gehindert, an einem Empfang der zur gemischten Militärkommission gehörenden Delegation der Provisorischen Revolutionsregierung Südvietnams teilzunehmen.**" Und weiter: "Die Verlegung des amerikanischen Oberkommandos von Südvietnam nach Thailand stellt nach Ansicht der nordvietnamesischen Parteiführung eine Gefährdung des Friedens in Indochina und ganz Südostasien dar. In der Hanoier Parteizeitung Nhan Dan hiess es am Freitag, es liege auf der Hand, **dass die Vereinigten Staaten mit Unterstützung der Regierung in Bangkok Vorbereitungen zu einem neuen Krieg träfen. Dies geschehe zu einem Zeitpunkt, an dem die Kriegshandlungen in Vietnam noch nicht abgeklungen seien.**

An diesem Tag steigen auch in 380 Einsätzen B-52-Bomber von den US-Basen in Thailand auf, um die befreiten Gebiete von Laos und Kambodscha zu bombardieren!

Wird der US-Imperialismus offen eine dauerhafte Vietnamregelung sabotieren? Ein verwundeter Tiger ergibt sich nicht. Der US-Imperialismus hat bis heute seinen Einfluss auf ganz Indochina und Südostasien immer weiter auszudehnen versucht. Immer weiter und höher schlagen aber die Wellen des Volkskrieges in ganz Indochina. Von Vietnam bis Thailand, von Birma bis Indonesien stehen die Völker in den befreiten Gebieten unter Waffen. In langen Jahren des Volkskrieges haben sie die blutige Erfahrung gemacht, dass der verwundete Tiger US-Imperialismus erst Ruhe geben wird, wenn er ganz vertrieben ist.

Das Präsidium der KPD/ML hat beschlossen, den Abschluss laufender Gespräche mit anti-imperialistischen Organisationen der Vietnambewegung abzuwarten, bevor eine grundsätzliche Stellungnahme zur Ausrichtung des Kampfes zur Unterstützung der Völker Indochinas im **Roten Morgen** abgedruckt wird.

„Streitkräfte, haut ab !"

Der japanische Imperialismus hat sich genau wie sein westdeutscher Bruder wieder von der Niederlage des 2. Weltkriegs erholt. In Tokio ist man wie in Bonn dabei, die alten Großmachtspläne wiederzubeleben. Japan dringt wieder in viele Länder Ostasiens ein, stapft in den Blutspuren des US-Imperialismus nach Südkorea, Taiwan, Indonesien, den Philippinen und jetzt nach Vietnam (siehe die Milliarden an 'Wiederaufbau-Hilfen').

Sofort nach dem Waffenstillstandsabkommen in Vietnam, rückte Japan mit der Sprache heraus. Aussenminister Ohira kündigte eine 'Soforthilfe' Japans von 2,45 Milliarden DM an. Die Aktien der Tokioer Börse schnellten in die Höhe. Die Konzernherren Japans wittern die Chance, in ihr verlorenes Einflussgebiet in Indochina wieder einzudringen.

Wem soll die 'Hilfe' gelten? Ohira bezog sich vor allem auf die 'bilateralen Verträge', also die Verträge Japans mit den USA-Marionettenregierungen in Südvietnam, Südkorea und Kambodscha. Die internationale Presse vermutet, dass Japans 'Wiederaufbauhilfe' bereits vor derjenigen der USA läge.

Aber der japanische Imperialismus, der während des Krieges bereits einen Grossteil der USA-Mordwaffen gegen Vietnam herstellte, versucht nicht nur wirtschaftlich die Nachfolge der USA-Aggressoren in Indochina zu übernehmen. Auf die Frage, ob Japan nicht auch Soldaten zur 'Überwachung' des Waffenstillstandsabkommens entsenden wolle, sagte Ohira: 'Die japanische Regierung wurde bislang noch nicht darum ersucht.'* Er schliesst eine spätere Möglichkeit also nicht aus, auch militärisch die USA-Imperialisten abzulösen.

Aber 1973 ist nicht 1931 (Beginn des japanischen Überfalls auf China). Die Völker Asiens sind wachsamer und entschlossener denn je, dem japanischen Vormachtsstreben Einhalt zu gebieten. Welche Schwierigkeiten sich den japanischen Monopolherren bei ihren abenteuerlichen Plänen entgegenstellen, zeigt sich vor allem am wachsenden Widerstand des eigenen Volkes. Demonstrationen, Streiks und Strassenkämpfe von Zehntausenden sind in Japan ein alltägliches Bild.



6 000 Japaner demonstrierten gegen das Einrücken der 'Selbstverteidigungstruppen' in die Basis Tachikakawa (1972)

Vor allem ist in Japan die antimilitaristische Bewegung in gewaltiger Entwicklung. 10 Millionen Menschen protestierten und demonstrierten gegen die Verlängerung des 'Sicherheitsvertrags' zwischen Japan und USA im Jahre 1970 (der u.a. amerikanische Militärbasen in Japan beinhaltete). Zehntausende demonstrierten 1971 und 72 gegen die rapide Aufrüstung der 'Sicherheitsstreitkräfte' (so heisst die Armee Japans. Laut Verfassung darf es nämlich kein Militär in Japan geben). Im letzten 5-Jahres-Plan der Regierung wurde z.B. eine Steigerung des Militärhaushalts um das 3-fache bekanntgegeben!

Gegenwärtig richtet sich die antimilitaristische Bewegung Japans vor allem gegen den Einzug der 'Selbstverteidigungstruppen' in die amerikanischen Militärbasen, die der vom Vietnamkrieg angeknackste US-Imperialismus räumen muss.

Japanische Einheiten werden jetzt nach Tachikawa westlich von Tokio verlegt. Der Kriegsminister hat vor der Presse zugegeben, dass "auch eine polizeiliche Verwendung dieser Einheiten zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung nicht ausgeschlossen sei." Die Stützpunkte sind systematisch in der Nähe grosstädtischer Ballungsgebiete angelegt worden.

Warum wohl gerade dort? Weil dort die Arbeiter zu hunderttausenden auf engstem Raum zusammengeballt wurden, weil dort der Kampf gegen Ausbeutung und Entrechtung am schärfsten geführt wird.

Die Bevölkerung weiss, was mit 'polizeilicher Verwendung' der Streitkräfte gemeint ist. In der 130 000-köpfigen Stadt Tachikawa hatten sich in einer Meinungsumfrage 82% der Einwohner gegen den Einzug japanischer Soldaten ausgesprochen. Daraufhin schickte die Regierung in einem Handstreich heimlich die erste Vorhut von Soldaten nach Tachikawa, was eine Welle von Protesten auslöste. Der zweite Soldaten-Trupp, der vorher angekündigt wurde, wurde entsprechend empfangen. Mehrere tausend Demonstranten, meist gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, aber auch Hausfrauen und Studenten, konnten nur durch starke Kräfte der Bereitschaftspolizei davon abgehalten werden, den Stützpunkt zu stürmen. In Sprechchören wurde gerufen: "Jieitai kaere" ("Streitkräfte, haut ab!"). Der Bürgermeister musste notgedrungen die Stadtverwaltung anweisen, den Soldaten keine Meldebescheinigungen auszustellen.

Die besonders aggressiven, aufstrebenden 'frischen' Imperialisten Japans werden an allen Fronten bestürmt. Auf den Philippinen, in Indonesien und in Vietnam stehen die Völker mit der Waffe in der Hand, um dem altbekannten Eindringling einen heissen Empfang zu geben. Im 'eigenen' Land versetzt die antimilitaristische Bewegung den Kriegstreibern ständig härtere Schläge. Auch in diesem Kampf wird sich die Erkenntnis durchsetzen, dass der herrschenden Klasse in der gewaltsamen Revolution die Waffen aus der Hand geschlagen werden müssen und in die Hände der Arbeiterklasse gelangen müssen.

An verschiedenen Fronten kämpfen die Völker vereint gegen den gleichen Feind:

SIEG IM VOLKSKRIEG –
KLASSENKAMPF
IM EIGENEN LAND!

---

* Damit hat Ohira auch offen und offiziell das Gesetz über die Selbstverteidigungstruppen Japans mit den Füssen getreten, das die Verschiebung japanischer Truppen ausserhalb Japans nur im 'Verteidigungsfall' gestattet.

Spenden für VIETNAM

Bisher bereits veröffentliche Spenden		2 296,25
2. 2. 1973	Spende aus Wasserkante	27,–
2. 2. 1973	Spende von NRW	100,–
2. 2. 1973	Gründungsfeier 4. Jahrestag der KPD/ML in Hamburg	768,–
2. 2. 1973	Ein Freund aus Wasserkante	100,–
2. 2. 1973	Sammlung auf Vietnam-Demonstration in Hamburg vom 27. 1.	488,58
5. 2. 1973	Stadtteil-Kneipen-Treff Kreuzberg	75,25
5. 2. 1973	Vietnam-Veranstaltung Würzburg	78,–
9. 2. 1973	M.F., Dortmund-Hörde	100,–
13. 2. 1973	anonym aus Kiel	250,–
14. 2. 1973	Sch., Kiel	291,–
	Bisher insgesamt:	4 574,83

Kampferfolge der Völker Indochinas

Erfolge der Bevölkerung Südvietnams (1972)

[illegible]	2500
Außer Gefecht gesetzte feindliche Soldaten	500 000
[illegible]	11 000
[illegible]	1500
[illegible]	400

KAMPFERFOLGE DER LAOTISCHEN PATRIOTISCHEN STREITKRÄFTE UND VOLKSMASSEN IM JAHRE 1972

Vernichtete und zerstreute Feinde	23 700
darunter Angehörige der:	
thailändischen Satellitentruppen	4 600
„Sondertruppen" Vang Paos	13 300
Erbeutete und zerstörte Waffen	5 400
darunter:	
abgeschossene oder am Boden zerstörte amerikanische Flugzeuge	165
Militärfahrzeuge	120
Geschütze	685



ERFOLGE DES KAMBODSCHANISCHEN VOLKES UND SEINER VOLKSSTREITKRÄFTE DER NATIONALEN BEFREIUNG

(Januar-November 1972)

Getötete, verwundete oder gefangengenommene feindliche Soldaten	103 000
Erbeutete Waffen verschiedenen Typs	17 000
Zerstörte Militärfahrzeuge, Panzerwagen und Tanks	600
Versenkte Schiffe verschiedener Art	100
Abgeschossene Flugzeuge	100
Zerstörte feindliche Lager und Posten	500
Gesprengte Brücken	120



Berichte, Dokumente und Erzählungen aus der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung..

"Vorwärts und nicht vergessen...."

Zum 75. Geburtstag Bertold Brechts

Am 10. Februar 1973 wäre Brecht 75 Jahre alt geworden. Das ist für die Bourgeoisie und die Revisionisten die willkommene Gelegenheit, im Fernsehen und darüber hinaus einen Rummel zu veranstalten nach dem Motto: "Er war einer von uns." Schließlich ist Brecht tot, denken sie, und also kann er diesen Rummel nicht mehr mit seiner revolutionären Polemik und seinem revolutionären Spott stören. Man hörte da viele große Worte wie: 'Er war der größte Dramatiker dieses Jahrhunderts!' usw. In Ost und West versucht man gleichermaßen, ihn zum 'Klassiker' zu verfälschen. Dazu lief in der DDR eine ganze 'Brecht-Woche' an.

Aber weder die alte bei uns noch die neue Bourgeoisie in der DDR bringt das Kunststück fertig, das Leben und das Werk dieses großen revolutionären Schriftstellers zu verfälschen. Brecht hat das Wesen seines Lebens selbst in einem Gedicht beschrieben:

"Ich bin aufgewachsen als Sohn
Wohlhabender Leute. Meine Eltern haben mir
Einen Kragen umgebunden und mich erzogen
In den Gewohnheiten des Bedientwerdens ... Aber
Als ich erwachsen war und um mich sah
Gefielen mir die Leute meiner Klasse nicht
Nicht das Befehlen und nicht das Bedientwerden
Und ich verließ meine Klasse und gesellte mich
Zu den geringen Leuten...
Ja, ich plaudere ihre Geheimnisse aus. Unter dem Volk
Stehe ich und erkläre
Wie sie betrügen, und sage voraus, was kommen wird, denn ich
Bin in ihre Pläne eingeweiht.
Das Lateinisch ihrer bestochenen Pfaffen
Übersetze ich Wort für Wort in die gewöhnliche Sprache, da
Erweist es sich als Humbug. Die Waage ihrer Gerechtigkeit
Nehme ich herab und zeige
Die falschen Gewichte..."

Darin, in diesem Klassenverrat, liegt Brechts Grösse als Künstler begründet. Schon mit 20 Jahren war er während der bayrischen Räterepublik Mitglied des Augsburger Arbeiter- und Soldatenrats. Damals hatte er noch ziemlich wirre anarchistische Vorstellungen. Aber schon damals begann sein echter Hass auf Bourgeoisie, Imperialismus und Militarismus. Er wollte als Schriftsteller die Wahrheit über seine Zeit sagen. Aber er merkte mit einmal, dass er viele Dinge nicht verstand: Warum scheiterte die Revolution von 1918? Warum brachte die Weimarer Republik nicht die Gleichheit aller Bürger? Brecht gehörte zu denen, die sich anstrengen, einer Sache auf den Grund zu gehen. So studierte er seit 1926 den Marxismus-Leninismus und näherte sich der KPD.

Aber auch Brechts Entwicklung beweist, dass niemand allein durch Studium zu einem revolutionären Standpunkt kommt. Entscheidend wurde auch für ihn die praktische Erfahrung des Klassenkampfes. 1. Mai 1929 in Berlin: Brecht, inzwischen durch die 'Dreigroschenoper' weltberühmt, sieht von seinem Fenster den heldenhaften Kampf der Berliner Arbeiter gegen die Zörgiebel-Polizei aus nächster Nähe mit an. Er sieht, wie die Söldner des Kapitals die Arbeiter niederknallen. Es packt ihn, wie Augenzeugen berichten, eine ohnmächtige Wut. Das ist der entscheidende Moment in seinem Leben: Er schwört sich, nach Kräften mitzuhelfen, dass diese Arbeiter gerächt werden, dass diese Mörderbande ihre Strafe bekommt.

Von nun an ist alles, was Brecht schreibt, parteiliche Kunst im Dienst des Proletariats und der Revolution. Darüber zeterte die Bourgeoisie und zetert heute noch. 1930 schrieb Brecht das Stück 'Die Massnahme', eine Verherrlichung der chinesischen Revolution und der bolschewistischen Partei allgemein. In der 'Massnahme' steht das folgende Lied 'Lob der Partei':

"Der Einzelne hat zwei Augen
Die Partei hat tausend Augen.
...
Der Einzelne kann vernichtet werden
Aber die Partei kann nicht vernichtet werden.
Denn sie ist der Vortrupp der Massen
Und führt ihren Kampf
Mit den Methoden der Klassiker, welche geschöpft sind
Aus der Kenntnis der Wirklichkeit."

Die Wut der Bourgeoisie über die 'Massnahme' war unbeschreiblich. Sie dauert bis heute an. Ein Schriftsteller, dem die bürgerlichen 'Kultur'-Päpste bescheinigt hatten, er sei ein Genie, wagte es, 'Stalinist' zu werden! Die 'Liberalen' versuchten den formalistischen Trick: Ein Künstler sei eben in politischen Dingen unzurechnungsfähig, es käme ja auch gar nicht auf den Inhalt an... Aber das zog damals nicht, und das zieht heute noch weniger.

Als Brecht sich auf die Seite des Proletariats schlug, wurde er für die Konzerne und ihre Handlanger zu einer Gefahr. Er schrieb nun Lieder wie "Vorwärts und nicht vergessen...", das 'Einheitsfrontlied', die 'Resolution der Kommunarden' usw. Diese Lieder wurden von den revolutionären Arbeitern begeistert ergriffen. Mancher Prolet, der diese Lieder singt, weiss gar nicht, dass Brecht sie schrieb. Aber er weiss, dass diese Lieder Lieder seiner Klasse sind, Ausdruck des proletarischen Klassenbewusstseins.

Die Faschisten wollten Brecht 1933 ins KZ stecken und umbringen. Brecht floh ins Ausland, wo er den Kampf fortsetzte. Über Radio Moskau blieb seine Stimme für die deutschen Arbeiter hörbar. Kurz nach dem Krieg wurde er wieder verfolgt, diesmal vom US-Imperialismus. Er wurde vor den 'Ausschuss gegen unamerikanische Tätigkeiten' gezerrt. Man beschuldigte ihn der Beteiligung an einer 'kommunistischen Verschwörung'. Zu den Richtern gehörte ein 'junger Vollblutpolitiker' mit Namen Richard Nixon... Der verdiente sich damals gerade seine Sporen für die Konzerne, indem er fortschrittliche Menschen massenweise ins Gefängnis brachte.

Brecht musste das 'Paradies der Freiheit' verlassen. Er wollte nun für den Sieg des Sozialismus in Gesamtdeutschland kämpfen. Zu diesem Zweck und um grössere Wirkungsmöglichkeiten in den Westzonen zu behalten, bemühte er sich zunächst um einen ständigen Wohnsitz in der Schweiz oder in Österreich. Die Bourgeoisie versucht, aus dieser Tatsache herauszulesen, dass Brecht doch kein richtiger Kommunist gewesen wäre... Das ist lächerlich. Als seine Pläne scheiterten, liess sich Brecht augenblicklich in der sowjetischen Zone, und nicht in den Westzonen, nieder.

Brecht lebte bis zu seinem Tode im August 1956 in Ostberlin.



Er bekannte sich mehrfach eindeutig zur sozialistischen DDR, am klarsten am 17. Juni 1953. Dieses Bekenntnis versucht die Honnecker-Clique heute in ein Bekenntnis zum Revisionismus umzufälschen. Aber auch dieser Versuch ist völlig zum Scheitern verurteilt. Die Tatsachen sprechen eine zu deutliche Sprache:

Brecht bejahte nicht nur voll und ganz die Generallinie der Stalinschen Politik, Brecht sah ausserdem ganz klar, dass diese revolutionäre Linie von Mao Tse-Tung fortgesetzt wurde. Im Jahre 1954 nannte er als das bedeutendste Buch des Jahres die deutsche Übersetzung von 'Über den Widerspruch'. Brecht las regelmässig die chinesischen Publikationen in deutscher Sprache. Er schrieb ein Gedicht auf eine Freiwilligen-Einheit der chinesischen VBA im Korea-Krieg.

Brecht starb zu früh, um den offenen Ausbruch der Polemik über die Generallinie noch zu erleben. Aber er hat bereits im Voraus Partei ergriffen. Nach dem 17. Juni schrieb er in einem Brief: "Dass (die Arbeiterklasse) alles tun muss, die kleinbürgerlichen Schichten unter ihre Führung zu bringen (Wir haben unseren eigenen Westen bei uns!)." Er hatte deutlich gesehen, dass die Ulbricht-Gruppe in der SED-Führung umgekehrt eine Politik betrieb, die den 'inneren Westen' in der DDR stärkte. Demgegenüber blickte Brecht noch wenige Tage vor seinem Tode voller Hoffnung auf den Vormarsch der VR China.

Nein! Brecht gehört weder der alten noch der neuen Bourgeoisie! Er gehört einzig und allein der revolutionären Arbeiterklasse und ihrer Partei, so wie er es selbst gesagt hat:

" Wo ich hinkomme, bin ich gebrandmarkt
Vor allen Besitzenden, aber die Besitzlosen
Lesen den Steckbrief und
Gewähren mir Unterschlupf. Dich, höre ich da
Haben sie verjagt mit
Gutem Grund. "

Entwickelt die proletarische Kultur und Kunst im Klassenkampf!



Umschlagseite des Textbuchs zum Film: Reform oder Revolution', hergestellt von einem Kollektiv der KPD/ML im Frühjahr 1972.

Lenin zur revolutionären Kunst:
" Die Kunst gehört dem Volke. Sie muß ihre tiefsten Wurzeln in den breiten schaffenden Massen haben. Sie muß von diesen verstanden und geliebt werden. Sie muß sie in ihrem Fühlen, Denken und Wollen verbinden und emporheben." (Lenin zu Clara Zetkin).

Auf ihr Arbeiter Brüder, unsere Zeit ist gekommen,
Rote Fahnen wehn wieder im Land!
Laßt nicht länger euch knechten, seht jetzt selbst nach dem Rechten
Nehmt das Schicksal jetzt selbst in die Hand!

Unsere Arbeiterhände schaffen Reichtum und Wohlstand,
doch wir werden ärmer dabei.
Denn Fabrikherren raffen, was wir mühsam erschaffen,
Darum sind wir bis heute nicht frei.

Jagt zum Teufel die Herren, übernehmt die Fabriken,
und zerschlagt ihren Ausbeuterstaat!
Seid selbst Herrn im Haus und errichtet
die starke Diktatur des Proletariats!

Auf ihr Arbeiter, Brüder, ...

Text eines Liedes der Münchner Arbeitersinggruppe der KPD/ML von der Schallplatte: Auf Proletarier'.

Kampf dem Revisionismus !

VORWÄRTS MIT DER KPD/ML !

Unter diesem Thema stand eine Veranstaltung am 11.2. in Darmstadt, zu der die restlichen Gruppen der ZB-Organisation und des KJVD Hessen eingeladen waren. Über 200 Genossen, darunter auch einige Genossen der 'KPD'/AO aus Mainz, waren unserem Aufruf zur Veranstaltung gefolgt.

Der Parteifilm 'Reform oder Revolution' am Beginn der Veranstaltung machte allen klar: Will man die Revolution, braucht man **eine** geschlossene Partei und nicht alle möglichen Gruppen und Zirkel.

Im Anschluss daran ging der Genosse Ernst Aust auf die Entstehung der KPD/ML und auf die Spaltung 1970 durch die Rechtsopportunisten Dickhut und Weinfurth ein. "Ist eine Partei in der Hauptseite nicht revisionistisch, dann verlässt man diese Partei auch nicht!" rief Genosse Ernst Aust unter starkem Beifall. Er zeigte, dass die GRFB von Anfang an auf einer falschen Grundlage entstanden ist. Auch in der Diskussion, die einen breiten Teil der Veranstaltung in Anspruch nahm, wurden im wesentlichen die rechten Fehler der ZB-Organisation und unsere Vorstellungen zur Einheit diskutiert.

Fazit der Veranstaltung: Auch hier hat sich gezeigt, dass wir einen guten Schritt vorwärts gekommen sind. So konnten wir eine ganze Reihe Kontakte knüpfen. Um die noch schwankenden Genossen werden wir in Zukunft verstärkt kämpfen.

Vorwärts auf dem Wege zur Einheit in der KPD/ML!!!!

Dokumente zur Einheit der Marxisten-Leninisten in der KPD/ML

Herausgegeben von der ehemaligen Ortsgruppe Essen der GRFB in Zusammenarbeit mit der KPD/ML.

Inhalt:

I. Für die Spaltung 1970 grundlegende Artikel und Passagen der KPD/ML und der GRFB.

II. Hinweise auf die weitere, ungebrochene Durchführung des Spalterkurses durch die GRFB.

III. Grundlegende Artikel aus Roter Morgen, 1972, gegen die Versöhnung von Marxismus-Leninismus und modernem Revisionismus.

IV. Protokoll einer Diskussion der Essener Ortsgruppe der GRFB mit der KPD/ML.

V. Nachwort der Zelle Essen der GRFB.

Die Broschüre hat 66 Seiten.

Preis: 1,50 DM.

Bestellungen an: **Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus**
2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49

Vorauszahlung (gilt als Bestellung) auf das Postscheckkonto:
Hamburg 19 35 72 – 207

oder per Nachnahme.

ERKLÄRUNG

VON 2 GENOSSEN DER EHEMALIGEN SOGENANNTEN "BOLSCHEWISTISCHEN LINIE"

Wir sind aus der Gruppe 'Rote Fahne/Bochum' (GRFB) ausgetreten und haben uns wieder der Führung der KPD/ML unterstellt. Wir gehörten zu jener Handvoll Opportunisten, die sich Ende 1971 fraktionistisch zu dem Zirkel 'Bolschewistische Linie' zusammenschlossen, die Partei verliessen und in die GRFB eintraten. Mit viel Geschrei hatten wir damals den Kampf gegen die Liquidatoren in NRW geführt, dabei aber selbst die liquidatorischen Kräfte vorangetrieben. Wir hatten in grossartigen, von Opportunismus nur so triefenden 'Dokumenten' uns als 'bolschewistische Überreste der ehemaligen KPD/ML' bezeichnet, zu einer Sammelbewegung gegen die Partei aufgerufen und uns schliesslich (wie wir schrieben) "mit der KPD/ML vereinigt".

Diese Politik verdient auf keinen Fall das Prädikat 'bolschewistisch'. Sie war vielmehr ein Ausdruck des kapitulierenden Zurückfallens auf das Niveau der Zirkelwirtschaft und karrieristischen Führungsansprüchen der 'BL'. Die spiessbürgerliche Ideologie des Zirkelwesens ist aber den Interessen der Arbeiterklasse entgegengesetzt und hat mit dem Marxismus-Leninismus nichts zu tun. Lenin sagt: "Die einzige Waffe, die das Proletariat besitzt, ist seine Organisation." Wer sich heute gegen diese Organisation, gegen die Partei wendet, verrät objektiv die Interessen der Arbeiterklasse. Zu diesem Verrat gehört auch, aus den noch bestehenden Schwächen unserer Partei arroganterweise schliessen zu wollen, 'das ist ja noch gar keine Partei' usw. usf. Phrasen, die uns und ihren Mitgliedern die Führer der GRFB weismachen wollen..."

(Die Genossen schreiben weiter, dass der Revisionismus der GRFB-Linie eine bewiesene Tatsache sei, es gelte die Organisation zu beseitigen und dabei alle Marxisten-Leninisten für den Schritt zur Partei zu gewinnen).

"Diesen Schritt haben wir vollzogen. Wir fordern hiermit eindringlich alle anderen Genossen der ehemaligen 'BL' auf, den gleichen Schritt zu tun. Wir werden am Ort in dieser Richtung entschieden den Kampf führen.

Im RM einzeln auf die schweren opportunistischen Fehler der 'BL' einzugehen, würde zu weit gehen und wichtigeren Dingen den Platz nehmen. Jeder Genosse kann die rechten liquidatorischen Standpunkte in den 'Dokumenten der BL' nachlesen und entlarven.

FÜR DIE EINHEIT ALLER MARXISTEN-LENINISTEN IN DER KPD/ML !

Gemeinsames Kommunique der KPD/ML und der Provisorischen Bundesleitung des KJVD



Wir haben heute ein gemeinsames Gesprach über das Ziel der Einheit der Marxisten-Leninisten in der KPD/ML geführt. Wir kamen dabei zu einer weiteren Klärung und Vereinheitlichung unserer Standpunkte. Wir sind der Auffassung, dass der kommunistischen Jugend unseres Landes grosse Aufgaben und grosse Erfolge bevorstehen. Sie braucht dazu eine einheitliche kommunistische Jugendorganisation, die unter der korrekten marxistisch-leninistischen Linie der Partei die vom Klassenkampf gestellten Aufgaben anpackt.

Diese Partei ist die KPD/ML, die 1968/69 im Kampf gegen den revisionistischen Verrat gegründet wurde. Diese Partei kann nicht die Gruppe 'Rote Fahne' (Bochum) sein, die sich 1970 im Kampf gegen die Partei des westdeutschen Proletariats abgespalten hat. Diese Gründung der GRFB als 'Partei' geschah objektiv im Interesse des modernen Revisionismus, dem gefährlichsten Spalter der Arbeiterklasse und der Jugend. Die politische Linie der GRFB war und konnte nur der Versuch sein, Marxismus-Leninismus und modernen Revisionismus miteinander zu versöhnen.

Diese politische Linie des Zentralbüros der GRFB wurde in Theorie und Praxis auch in den KJVD getragen. Der KJVD hat nur eine Zukunft: Die Vereinigung mit der Roten Garde unter der politischen und ideologischen Linie der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten und auf der Grundlage des Statuts der Roten Garde.

Der Kampf für diesen grossen Schritt zur Einheit der kommunistischen Jugend muss konsequent angepackt werden. Dazu ist es notwendig, die revisionistischen Einflüsse im KJVD zu überwinden. Die Schaffung einer prinzipienfesten Einheit von KJVD und Roter Garde muss im Klassenkampf geschmiedet werden. Wir rufen auf, die Klärung strittiger Fragen im Zusammenhang mit gemeinsamen Aktionen gegen den Klassenfeind voranzutreiben. Organisiert überall Aktionseinheiten von Rote Garde und KJVD im täglichen Kampf! Verbindet die Diskussion zur klaren Trennung von Revisionismus und Marxismus-Leninismus mit Eurer praktischen Erfahrung.

Der 'Kampf der Arbeiterjugend' soll als Instrument zur Schaffung der Einheit benutzt werden.

Die Rote Garde bereitet gegenwärtig ihren Bundeskongress vor, der einen entscheidenden Einschnitt in ihrer Entwicklung mit sich bringen wird. Wir rufen alle Genossen des KJVD auf, sich auch an der Diskussion des vom ZK der KPD/ML vorgelegten Statuts und der Kampfaufgaben der Kommunistischen Jugend zu beteiligen. Ziel dieser Diskussion muss sein, auf der Grundlage des Statuts die Aufgaben und Kampfperspektiven der Roten Garde auf dem Bundeskongress gemeinsam weiterzuentwickeln. Das ist der Weg zur Schaffung einer starken kommunistischen Jugendorganisation! Überall sollen gemeinsame Veranstaltungen zur Einheit stattfinden, auf die auch die unorganisierte Arbeiterjugend eingeladen werden soll. Diese Veranstaltungen werden ein entscheidender Beitrag zur Vorbereitung des Bundes-Jugendkongresses der Roten Garde sein.

Wir sind sicher, dass der Kampf um die Einheit überall bei unseren Genossen vom Wunsch nach Einheit ausgeht und dass sich ein solidarischer Geist in der Auseinandersetzung um die strittigen Fragen entwickeln wird.

Die KPD/ML und die PBL des KJVD werden ihre Kontakte fortführen und vertiefen. Wir werden und müssen unser Ziel erreichen:

VORWÄRTS DU JUNGE GARDE DES PROLETARIATS !

VORWÄRTS MIT DER ROTEN GARDE
VORWARTS MIT DER KPD/ML !

Provisorische Bundesleitung des KJVD
Beauftragter des ZK der KPD/ML.

Genosse Aust spricht Rechtsanwälten im Hungerstreik Solidarität aus

"Gestern Freissler, morgen Freissler, Knoblich heisst der neue Meister", riefen die Demonstranten vor dem Bundesgerichtshof in Karlsruhe anlässlich des Hungerstreiks der Rechtsanwälte Becker, Bergmann, Cassel, Croissant, Denski, Groenewald und Lang. (siehe RM Nr. 6 S. 2).

Die Rechtsanwälte protestierten mit ihrem Hungerstreik gegen die unmenschlichen Haftbedingungen für die politischen Gefangenen der RAF. Sie sprechen zurecht von einer 'modernen Form der Folter'.

Mit ihrem Hungerstreik protestieren die fortschrittlichen Rechtsanwälte auch gegen die von höchster Stelle, dem Bundesgerichtshof, inszenierten Terrorurteile in den laufenden politischen Prozessen. So wurden gegen Margrit Schiller 2 Jahre und 3 Monate verhängt, gegen Horst Mahler 12 Jahre beantragt, obwohl in beiden Fällen die 'Beweise' des Hohen Gerichtes nur auf konstruierten Aussagen von Polizisten und gekauften Spitzeln beruhen.

Genosse Ernst Aust begrüsste im Auftrag des Präsidiums der KPD/ML die Protestaktion in Karlsruhe. Er beglückwünschte auch die anwesende Genossin Margrit Schiller für ihren tapferen Kampf vor den Schranken des bürgerlichen Gerichts.

Jeder kennt unsere Einstellung zu den Aktionen der Baader-Meinhof-Gruppe, die wir für putschistisch halten. Doch sind wir mit Genossen Lenin der Meinung: "Wenn irgendjemand, sei er auch Anarchist, heidenmütig gegen die Bourgeoisie kämpft, so ist das natürlich eine grosse Sache, wenn aber hunderttausende gegen die Provokationen der Sozialverräter und gegen die Bourgeoisie kämpfen, dann ist das ein wirklicher Schritt vorwärts."

Diesen Kampf der Hunderttausende vorzubereiten und zu führen, ist die Aufgabe unserer Partei. Dabei gelten auch die Worte Lenins: "Ohne die Anwendung von Gewalt gegen die Gewalttäter, in deren Händen sich die Waffen und Machtorgane befinden, kann das Volk nicht von den Gewalttätern befreit werden."

SOLIDARITÄTSKOMITEE

2. 2. 1973	Sammlung Friedrichsort, Kiel	51,31
6. 2. 1973	Sympathisantenveranstaltung Dortmund	110,–
14. 2. 1973	Sch., Kiel	275,–
		436,31

Wir danken allen Genossen für ihre Unterstützung !

SOLIDARITÄTSADRESSE

Wir sprechen Genossen Ernst Aust volle Solidarität im Kampf gegen die bürgerliche Klassenjustiz aus. Sie wollen Genossen Ernst Aust, einen aufrechten Kämpfer der Arbeiterklasse, mundtot machen. Das sind die gleichen, die mit dem Kriegsverbrecher Nixon gemeinsame Sache machen, die Vietnamdemonstranten niederknüppeln und einsperren lassen. Genosse Ernst Aust soll hinter Gitter, weil er die Bevölkerung und die Soldaten der Bundeswehr unter der Losung: 'Krieg dem imperialistischen Krieg!' und 'Im Ernstfall: Die Gewehre umgedreht!' gegen ein neues 1939 aufrief. Wir haben aus der Geschichte gelernt. Wir fordern: Hände weg von Ernst Aust!

J. B., Essen *
W. K., Essen

* Es handelt sich hier um zwei Altgenossen, die aufgrund ihrer konsequenten Haltung gegen Kapitalismus, Imperialismus und Revisionismus selbst verfolgt worden waren.

Kampf den Fahrpreiserhöhungen!

Nach dem Lohnraub durch den Schandabschluss der Metalltarifrunde, rollen jetzt in allen Bereichen Preiserhöhungen an. Die städtischen Verkehrsbetriebe melden sich als erste. In Solingen, Remscheid, Wiesbaden, Mannheim, Kassel, Frankfurt, Düsseldorf und Bochum stehen Tariferhöhungen bevor. Die Werktätigen, Hausfrauen, Studenten und Schüler werden diesen Angriff nicht kampflos hinnehmen. Eine Genossin berichtet uns von den Vorbereitungen zur Roten-Punkt-Aktion in Bochum:

Zum 1. April will die Bochumer-Gelsenkirchener Strassenbahn AG (BoGestra) die Fahrpreise um 10 Pfennig erhöhen. Schon im vorletzten und im letzten Jahr sind die Fahrpreise erhöht worden. Die Folge dieser Fahrpreiserhöhungen ist, dass viele Bewohner der Aussenbezirke der Städte kaum noch in die Stadtzentren fahren und in den Aussenbezirken darum fast wie auf dem Land leben. Im Fahrbereich der BoGestra (der Herne, Wanne-Eickel, Castrop-Rauxel, Bochum, Witten, Hattingen, Herbede, Wattenscheid und Gelsenkirchen umfasst), gibt es auch viele Pendler, die teilweise durch 3 Städte fahren müssen, um zur Arbeit zu kommen. Sie sind auf die Strassenbahn angewiesen, deshalb trifft sie die Erhöhung besonders hart.



Rote-Garde-Block bei der Bochumer Demonstration

Damals hatten viele Bochumer die Erhöhungen nicht kampflos hingenommen. Hunderte hatten dagegen demonstriert, die Strassenbahnschienen blockiert und eine Rote-Punkt-Aktion organisiert. Das hatte unter der Bevölkerung grossen Anklang gefunden.

Die KPD/ML und die Rote Garde, die Jugendorganisation der Partei, haben jetzt die Initiative ergriffen und als Antwort auf diesen unverschämten Angriff der BoGestra AG zur Gründung des 'Roter-Punkt-Komitees' aufgerufen. Zur Gründung kamen insgesamt 50 Jugendliche, Lehrlinge, Schüler und Studenten. Als wichtigste Forderung wurde beschlossen: 'Keine Fahrpreiserhöhungen am 1. April'. Darüberhinaus war man sich einig, dass die Forderung nach dem Nulltarif, die in breiten Teilen der Bevölkerung Anklang gefunden hat, propagiert werden muss.

Inzwischen hat sich die Bezirks-SMV (Schülermitverwaltungs-Organisation aller Klassen- und Schulsprecher von Bochum) voll hinter das Rote-Punkt-Komitee gestellt. Auch 13- bis 14-jährige Schüler arbeiten eifrig im Komitee mit. Die ersten Flugblätter wurden gedruckt und verteilt. Jetzt wird eine Unterschriftensammlung gemacht, um die Bevölkerung breit zu informieren, und zu mobilisieren.

Dieses Beispiel aus Bochum zeigt, dass der Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen eine immer breitere Basis erhält. Vor allem die Jugendlichen beteiligen sich aktiv an den Kämpfen. Darum ist es besonders für die Rote Garde wichtig, in dieser Bewegung an vorderster Front zu stehen.

Der Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen ist zu einer wichtigen Front des Klassenkampfes geworden. Arbeiter, Hausfrauen, Angestellte, Schüler und Studenten stehen in diesen Kämpfen Seite an Seite. Die Aktionen richten sich gegen den Staat als Handlanger der Monopole, fast immer kommt es zu brutalen Einsätzen der Polizei, weil die Kapitalistenbüttel nur mit Gewalt noch hoffen können, die Aktionen zum Abbruch zu bringen. In der Roten-Punkt-Bewegung gibt es keinen organisatorischen Abwiegelapparat wie den der Gewerkschaftsbürokratie im Lohnkampf.

Darum ist es für uns Kommunisten auch viel leichter, die Führung zu übernehmen und der Bewegung einen militanten Charakter zu geben. Das ist aber nur möglich im konsequenten Kampf gegen die Abwiegelei- und Verratspolitik der D'K'P.

Die Revisionisten versuchen, die Bewegung in 'legale' Bahnen zu lenken. Sie verbreiten die Illusion, durch Proteste und Resolutionen, wenn es hoch kommt, durch eine angemeldete Demonstration könne der Kapitalistenstaat dazu gezwungen werden, die 'Monopole zur Kasse zu bitten'. **Es ist aber gerade so, dass der bürgerliche Staat heute in nie dagewesenem Ausmass über Steuern, Konjunkturzuschlag, Krankenversicherungsbeiträge usf. die Massen ausquetscht und einen grossen Teil des sauer verdienten Arbeitslohns der Massen hinter der hohlen Hand wieder den Monopolen zuschanzt.**

Wir müssen aus den Erfahrungen der Tageskämpfe der Arbeiterklasse beweisen, dass nur der militante solidarische Kampf Erfolg hat. Aber auch im Falle eines Erfolges müssen wir Illusionen bekämpfen. Die Kapitalistenbüttel werden auf anderen Wegen versuchen, den Werktätigen das Geld aus der Tasche zu ziehen; z.B. im Fall der Strassenbahntarife durch Erhöhung des Wassergeldes, von Gas oder Strompreis. Wir müssen in diesen Kämpfen klarmachen, dass nur die bewaffnete Revolution unter Führung der Arbeiterklasse der Verelendung der Massen ein Ende macht!

Ergreifen wir die Initiative im Kampf gegen die anrollenden Fahrpreiserhöhungen! Stärken wir in diesen Kämpfen das Ansehen der KPD/ML als Partei der Arbeiterklasse, gewinnen wir die fortschrittlichsten Kämpfer für die KPD/ML und die Rote Garde!



Fahrpreisdemonstration in Dortmund

Schiessbefehl

BERICHT EINES GENOSSEN SOLDATEN:

Der Leutnant leitete die Stunde 'Aktuelle Information', die wöchentlich einmal stattfindet. Es wurde über die Erschiessung eines DDR-Grenzschützers durch eigene Kameraden diskutiert. Der (eingesetzte) Kompaniesprecher meldete sich zu Wort: Das ist eine grosse Schweinerei. Drüben ist es genauso wie bei den Nazis 33-45. "Ich kann mir nicht vorstellen, dass Soldaten auf eigene Kameraden schiessen. Eher würde ich das G3 wegschmeissen. Wie können die da drüben nur dazu gezwungen werden."

Der Kamerad war sich nicht darüber klar, was hier mit dem Soldaten gespielt wurde. Natürlich wurde nicht erklärt, dass heute in der DDR eine volksfeindliche bürgerliche Clique herrscht, die selbst der grösste Feind der Arbeitermacht, des Sozialismus ist. Hätten die Renegaten in der SED und KPD den Sozialismus nicht verraten, gäbe es vermutlich heute in Deutschland weder Schiessbefehl noch Mauer. In einer sozialistischen DDR würden nicht Arbeiterfamilien versuchen, durchs Minenfeld zu flüchten.

Der Leutnant unserer Kompanie hatte nun die Aufgabe, die Soldaten in Revanchismus zu schulen, den Zeitpunkt der 'Befreiung' der DDR-Bevölkerung psychologisch vorzubereiten. Das geschieht meist nach dem bewährten Rezept: Drüben herrscht Kommunismus. Kommunismus gleich Nazi-Faschismus. Die Bundeswehr kämpft für die Demokratie, wie ja die USA auch in Vietnam nur die Demokratie verteidigt. Im 'Ernstfall', wenn unsere 'Brüder und Schwestern in der Zone' nach 'Selbstbestimmung' rufen, muss die Bundeswehr 'zu Hilfe' eilen.

Der Leutnant freute sich nun, als es gegen die DDR ging. Ihm gingen aber die Augen über, als er merkte, dass sich die Soldaten gegen das Schiessen auf Kameraden überhaupt aussprachen. Er fing an rumzudrucksen: "Ja, aber im Verteidigungsfall müssen Sie doch auf Saboteure und Fahnenflüchtige schiessen, auch als Wache."

Durch die Bank Ablehnung: 'Wir nie!'...'Die Pappkameraden beim Übungsschiessen sind die einzigen Feinde, auf die ich jemals schiessen würde.' ... 'Ich würde abhauen.'

Der Leutnant schwitzte und fing an zu schreien: "Aber ... wenn ein feindlicher Agent und Saboteur Bundeswehreigentum zerstören würde und die wachhabenden Kameraden bedrohen würde, da müssten Sie doch schiessen." Keinerlei Zustimmung. Lachen über den Schock des Leutnants. Einer meint: **"Für die da oben, die Unternehmerbosse und ihre Generäle, eigene Kollegen erschiessen oder auf Kollegen anderer Nationen schiessen und sich selbst erschiessen lassen – niemals."**
Der Leutnant musste die Diskussion abbrechen.

Dieser Vorfall zeigt wieder, wie stark das antimilitaristische Bewusstsein in der Jugend heute ist. Hier heisst es für uns Kommunisten anknüpfen und die Soldaten im Kampf gegen Imperialismus und Militarismus vereinigen.

VORWÄRTS IM ANTIMILITARISTISCHEN KAMPF!
VORWÄRTS MIT DER ROTEN GARDE!

Kontaktadresse:

ERKLÄRUNG

DES MINISTERIUMS FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN DER DEMOKRATISCHEN REPUBLIK VIETNAM.

Am 10. Februar 1973 gab die Provisorische Revolutionäre Regierung der Republik Südvietnam eine Erklärung ab mit der energischen Anklage vor der Öffentlichkeit in Vietnam und in der Welt gegen die ernsthaften Verletzungen des Abkommens über die Beendigung des Krieges und die Wiederherstellung des Friedens in Vietnam durch die Saigoner Administration.

Seit der Unterzeichnung des Abkommens führen die Regierung der Demokratischen Republik Vietnam und die Provisorische Revolutionäre Regierung der Republik Südvietnam das Abkommen ernsthaft und gewissenhaft durch. Währenddessen hat die Saigoner Administration mit Duldung und unter dem Schutz der USA das Abkommen systematisch und ständig verletzt. Allein in diesen zwei Wochen hat sie das Abkommen in mehr als 2000 Fällen verletzt, durchschnittlich über 100 Fälle täglich.

Die Saigoner Administration eröffnete militärische Operationen unter Teilnahme der Marine, der Bodentruppen und der Luftwaffe und führt wahllos Luft- und Artillerieangriffe gegen verschiedene Gebiete in der Kontrollzone der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietnam.

Diese Handlungen zeigen, dass die halsstarrige und kriegslüsterne Saigoner Administration immer noch die Politik und gegen den Frieden verfolgt.

Täglich startet die Saigoner Administration Polizeiaktionen, treibt die Bevölkerung zusammen und führt Verhaftungen durch. Tausende Menschen wurden verhaftet, während noch immer in den überfüllten Konzentrationslagern Hunderttausende schmachten. Der Bevölkerung wird das Recht genommen, sich frei zu bewegen und in ihre Heimat zurückzukehren. In unverkennbarer Weise setzt die Saigoner Administration ihre faschistische Politik fort, um die demokratischen Freiheiten des Volkes zu ersticken und sich gegen die nationale Aussöhnung und Eintracht zu stellen.

Die Saigoner Administration plant ausserdem, nicht alle eingekerkerten Patrioten und friedliebenden Menschen freizulassen. Hunderttausende Menschen werden weiterhin in 'Tigerkäfigen' eingesperrt, gefoltert oder beseitigt.

Gleichzeitig mit den erwähnten unverschämten Verletzungen hat die Saigoner Administration vorsätzlich versucht, die Organisationen, die für die Sicherung der Durchführung des Abkommens verantwortlich sind, insbesondere die vierseitige gemeinsame Militärkommission unwirksam zu machen. ...

... Wenn sich die Saigoner Administration dem Streben des Volkes und dem gegenwärtigen Trend des Friedens, der Unabhängigkeit und der Demokratie im vietnamesischen Volk sowie bei den Völkern der Welt widersetzt, so wird sie dem gleichen Schicksal wie das der früheren Ngo-Dinh-Diem-Administration nicht entkommen können...

Als eine der Unterzeichner des Abkommens hat die Regierung der USA die Verantwortung und die Pflicht, das Abkommen und die dazugehörigen Protokolle zu respektieren und strikt einzuhalten. Die USA-Regierung muss damit Schluss machen, die Sabotage der Saigoner Administration gegen das Abkommen zu dulden und zu schützen.

Die Regierung der Demokratischen Republik Vietnam und das vietnamesische Volk bekräftigen erneut ihren unabänderlichen Standpunkt, das Abkommen und die dazugehörigen Protokolle ernsthaft und gewissenhaft zu verwirklichen und den Frieden entschlossen zu schützen.

Gleichzeitig werden sie keine Verletzung des Abkommens über die Beendigung des Krieges und die Wiederherstellung des Friedens in Vietnam durch die Saigoner Administration und die USA dulden.

Hanoi, 12. Februar 1973

(Inoffizielle Übersetzung)